

Wirtschaft & Umwelt

Zeitschrift für
Umweltpolitik und
Nachhaltigkeit
www.ak-umwelt.at

Euro 1,80

Verbindliche Planung für die Zukunft

Woran wichtige Infrastrukturprojekte scheitern, was in der Abstimmung zwischen Bund und Ländern schief läuft und wieso Klimaziele ohne gemeinsame Planung und soziale Gestaltung nicht erreichbar sind.

Foto: pixabay/Alena

Innovativ – Ausbildungszentrum für Klimaberufe **SEITE 22**

Lebensmittel – verwenden statt verschwenden **SEITE 24**

AK-Wohlstandsbericht – Ungleichheit bekämpfen **SEITE 26**

Öffentlicher Verkehr in Wien – wer besitzt Jahreskarten **SEITE 30**



www.arbeiterkammer.at

Das Wumometer



GEWITTER Red Bull und ein halber Reaktor

Der Tod von Dietrich Mateschitz zieht die Aufmerksamkeit auf das von ihm vermarktete Produkt. 2021 wurden weltweit 9,8 Milliarden Red Bull-Dosen verkauft; das sind 108.000

Tonnen Aluminium. Für diese Menge an Primäraluminium benötigt man den Strom, den ein Reaktor des AKWs Mochovce in einem halben Jahr erzeugt. Recycliertes Alu senkt den Energie- und

Rohstoffeinsatz – aber auch die Umweltvergiftung – dramatisch. Der Red Bull-Konzern gibt nicht bekannt, ob er dieses verwendet. Er füllt auch nichts in Mehrwegflaschen ab. **HH**



HEITER Gelbe Daseinsvorsorge supergrün

Die Post bringt allen was ... und jetzt in Graz auch sogar gesunde Luft! Zwei elektrisch betriebene Lieferfahrzeuge von Mercedes filtern an der Fahrzeugfront den Feinstaub aus der Umgebungsluft und

blasen am Heck die gereinigte Luft wieder aus. Nicht nur bei Fahrtwind, auch bei niedrigen Fahrgeschwindigkeiten und während des Ladevorgangs reinigt diese eierlegende Wollmilch-

sau der Post auf vier Rädern die Umgebungsluft. Nachahmung dringend empfohlen! **FG**



WINDIG E-Government mit viel Luft nach oben

Unsere Bundesregierung belohnt uns mit einem Klimabonus. Nur beim Überweisen auf unser Konto tut sie sich verdammt schwer. Über 1,2 Millionen Menschen haben stattdessen

einen RSa-Brief zum Bezug von – nicht überall akzeptierten – Gutscheinen bekommen. Darunter nicht Wenige, die Steuererklärungen online abwickeln. Warum eine private Firma,

und nicht das Finanzamt, das abwickelt, bleibt schleierhaft. **FG**



STARKER WIND Tarifchaos an der E-Tankstelle

Die AK fordert schon lange mehr Transparenz im Tarifschaos an der E-Tankstelle. In Zeiten hoher Inflation schlägt auch eine Fahrt mit einem E-Auto ganz schön zu Buche. Das

musste ein Arbeitnehmer feststellen, der für seine Reise von Graz nach Bruck einen Elektro-Pkw auslieh. Beim Nachtanken bei der Energie Steiermark zahlte er dann 25 Euro im Voraus,

erhielt aber nur 0,22 kWh Strom. Für eine kWh hätte er also stolze 113 Euro bezahlt. Geschockt meinte der Grazer danach: Nächstes Mal nehm' ich wieder den Zug. **EL**



SONNIG Wiener Linien reagieren auf die aktuelle Energiekrise

Die Wiener Linien möchten rund ein Zehntel des jährlichen Energiebedarfs vermeiden. So senkt das Unternehmen die Temperatur in U- und Straßenbahnen um zwei Grad. Weiters werden

Stationsbeleuchtung und Lüftungsanlagen optimiert, Zeitschalter in Betriebsgebäuden und LED-Beleuchtung in Stationen und Fahrzeugen installiert. Diese Maßnahmen sollen den

Verbrauch um rund elf Gigawattstunden (GWh) pro Jahr senken. Das entspricht dem jährlichen Stromverbrauch von 3.000 Vier-Personen Haushalten. **KH**

Inhalt

Politik und Planung

Langfristigkeit und Interessenabwägung sind die größten Herausforderungen. Seite 10

Energieraumplanung

Fehlende Koordinierung im Föderalismus ist eine Bremse für die Energiewende. Seite 14

Interview mit Leonhard Zwiauer

Seite 17

Pläne für einen gerechten Wandel

Krisenfester Sozialstaat ist Voraussetzung für den Umbau der Wirtschaft. Seite 18

Ausbildung für den Klimaschutz

Fachkräfte für die Energiewende im AMS-Ausbildungszentrum Sigmundsherberg. Seite 22

Lebensmittelverschwendung

Überlegt einkaufen und weniger wegwerfen ist sozial und ökologisch sinnvoll. Seite 24

AK-Wohlstandsbericht 2022

Klimakrise, Energiekrise und Ungleichheit bedrohen den Wohlstand. Seite 26

Öffentlicher Verkehr in Wien

Warum günstige Jahreskarten nicht alles erklären können. Seite 30

Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	07
Aktuelles Interview	09
Kommunikation	32
Kontroverse	34

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber

Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20–22, 1040 Wien

E-Mail wirtschaft.umwelt@akwien.at **Telefon** 01/501 65

Redaktion Mag.ª Sylvia Leodolter (Chefredakteurin),

Eva-Maria Leodolter (Redakteurin) agentur.leodolter@gmx.at

Sekretariat Krisztina Hubmann, Sabrina Pochop (DW 12404)

Konzeption Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at

Layout & Infografik Michael Haderer

Druck gugler GmbH, Auf der Schön 2, 3390 Melk/Donau

ISSN 1028-4664

Die in **Wirtschaft & Umwelt** veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.



gedruckt nach der Richtlinie „Druck-erzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens gugler®print, Melk, UWZ-Nr. 609, www.gugler.at



Höchster Standard für Ökoeffektivität. Cradle to Cradle™ zertifizierte Druckprodukte innovated by gugler®.



Bitte sammeln Sie Abfall für das Recycling. EU Ecolabel | AT/28/001

Planlose Politik

Gemeinsame Ziele brauchen verbindliche Planung von Bund und Ländern.



Von Sylvia Leodolter

In Zeiten vielfältiger Krisen – Krieg, Energiekrise, Klimakrise, Pandemie – wird rasch klar: Kurzfristiges Krisenmanagement reicht nicht. Ohne längerfristige und gut abgestimmte Planung kann man Krisen nicht überwinden. Da sind vor allem die Politiker:innen gefragt, die nicht nur Ziele festlegen, sondern auch den Weg und Abstimmungsprozesse gestalten sollen. Die Herausforderungen betreffen alle Ebenen der Politik und Verwaltung – Bund, Länder, Gemeinden und Städte – und auch alle Interessengruppen – Sozialpartner und NGOs. Denn diese Krisen sind auch sozialer Natur, sie

Die aktuellen Krisen sind ohne Planung und breite Abstimmung auch mit den Arbeitnehmer:innen nicht zu meistern.

betreffen die ureigensten Interessen aller Menschen. Es geht immer um soziale Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit, Einkommenssicherung und die Chancen künftiger Generationen. Genügend Gründe also, Maßnahmen sorgfältig zu planen und breit abzustimmen – auch mit den Vertretungen der Arbeitnehmer:innen. Das Problem dabei ist jedoch, dass es in unserem Land ein echtes Vakuum im Bereich verbindlicher Pläne gibt. Besonders eklatant ist die Lücke bei Abstimmungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bei übergeordneten Infrastrukturen oder der Aufteilung der Verantwortung in der Klimapolitik. Die Orientierung an Wahlen, die gegenseitige Blockade innerhalb von Koalitionen oder zwischen Bund und Ländern ist jedenfalls nicht hilfreich. Es ist höchste Zeit, gemeinsam eine Allianz für verbindliche Zukunftspläne zu schmieden.

Sylvia Leodolter
Chefredakteurin und Leiterin
der Abteilung Umwelt und
Verkehr der AK Wien



Foto: iStock/furterv

Führerschein ohne Handicap

Chancengleichheit Lehrlinge mit Lern- und Leseschwierigkeiten haben erhebliche Probleme beim Erwerb des Führerscheins B. Diese fehlende Lenkerberechtigung führt in weiterer Folge auch zu einer Benachteiligung am Arbeitsmarkt. Zu diesem Schluss kommt die Berufsbildungsassistenz von Jugend am Werk Oberösterreich in einer Studie. Es hat sich gezeigt, dass Jugendliche sowohl am Umfang des Lernstoffes als auch am Verständnis der Fragen scheitern. Etwa 24 Prozent aller Jugendlichen zwischen 15 und 16 Jahren fallen in Bezug auf die PISA Studie 2018 in diese benachteiligte Lese-Risikogruppe.

Das BBRZ hat außerdem in der Studie festgestellt, dass gerade diese Gruppe sehrwohl den Facharbeiterstatus erreichen kann. „In Zeiten des immer stärker werdenden Fachkräftemangels ist es deshalb umso wichtiger, eine konstruktive Veränderung im Fahrschul- und Prüfsystems anzustoßen. Nur durch Chancengleichheit kann so die häufige Berufsanforderung Führerschein B durch alle junge Facharbeiter:innen erfüllt werden“, hält Monika Weibold, Geschäftsfeldleiterin von Jugend am Werk OÖ fest. **EL**

Information:
<https://www.bbrz.at/fuer-jugendliche/jugend-oberoesterreich/uebersicht/>

Neuwagen ab 2035 emissionsfrei

Einigung Alle in Europa neu zugelassenen Pkw und Kleintransporter müssen ab 2035 emissionsfrei sein. Darauf einigten sich die Europäische Kommission, das EU-Parlament und der EU-Rat am 27. Oktober. Als Zwischenschritt sehen die neuen CO₂-Normen vor, dass die durchschnittlichen Emissionen von neuen Pkw bis 2030 um 55 Prozent und die von neuen Lieferwagen um 50 Prozent sinken müssen. Allerdings kann der Beschluss im Jahr 2026 überprüft werden und Deutschland setzt sich weiter dafür ein, dass Verbrenner mit klimapolitisch umstrittenen E-Fuels (Methanol, Ethanol) weiter eingesetzt werden dürfen.

Laut der jüngsten Zahlen der Europäischen Umweltagentur (EUA) blies ein neuer Pkw im Jahr 2020 im Durchschnitt 107,5 Gramm CO₂ pro Kilometer in die Luft, fuhr großteils mit Benzin und wog 1453 kg. Fast alle Hersteller konnten durch diverse Anrechnungsregelungen, beispielsweise für Niedrig- und Null-emissionsfahrzeugen, die EU-Vorgaben von 95 Gramm CO₂ pro Kilometer für das Jahr 2020 erfüllen. Sechs Hersteller, darunter Volkswagen, Suzuki und Subaru, müssen dagegen 510 Millionen Euro wegen Überschreitung an den EU-Haushalt bezahlen. **FG**



Für die AK ist die Strompreisbremse nur dann sozial gerecht, wenn die Finanzierung durch jene Energieunternehmen erfolgt, die derzeit aufgrund der hohen Energiepreise enorme Profite erzielen.

**AK Präsidentin
 Renate Anderl**



Foto: Sebastian Philipp, BAK

AK Präsidentin Anderl setzt sich dafür ein, dass nicht die Haushalte die Übergewinne der Energieversorger zahlen müssen.

Fahr mit BOB

Langlebige Busse Manche sprechen mit BOB, manche fahren mit dem BOB. Letzteres ist die Kurzform des „Batterieoberleitungsbusses“. Die Grundkonzeption dieses Busses entspricht jener von klassischen O-Bussen: Die Energiezufuhr erfolgt über die Oberleitung, der Antrieb über einen Elektromotor. Über die Installation von neuartigen, starken Batterien in Oberleitungsbussen konnte nun die große Schwachstelle der Oberleitungsbusse beseitigt werden: Verstellte Fahrspuren (Parkende Autos, liegengebliebene Fahrzeuge) stellen kein Hindernis mehr dar, sie können umfahren werden. Ebenso können Strecken, wo keine Oberleitung vorhanden ist, überbrückt werden. Beides geht mit reinen Oberleitungsbussen nicht. Die Batterien des BOB werden geladen, sobald der Bus (wieder) unter der Oberleitung fährt. O-Busse und BOBs sind leise und schadstofffrei. Sie bestechen auch durch ihre Langlebigkeit. Während Dieselbusse nach rund 7 Jahren ausgetauscht werden müssen, halten Oberleitungsbusse etwa 20 Jahre. Aufgrund dieser Eigenschaften und aufgrund der beseitigten Schwachstellen, ist damit zu rechnen, dass die BOBs vermehrt eingesetzt werden. Es wäre jedenfalls im Interesse der Ökologisierung des Stadtverkehrs. BOBs fahren bereits in Städten wie Bergen (NOR), Arnhem (NL) und Solingen (BRD). **GL**



Diesel-Pkw

Abgasskandal Weil die Politik in EU und Österreich einfach nur wegschaut, muss der Europäische Gerichtshof (EuGH) wirklich alles richten. Mit seinen Urteilen vom 14. Juli 2022 erklärte er das sogenannte „Software-Update“ von Volkswagen für nicht ausreichend. Abgasrechtliche Anforderungen bei der EU-Typengenehmigung werden dadurch nicht erfüllt. Zur Erinnerung: Nach Auffliegen des Dieselskandals wurde abgasmanipulierten Pkw von Volkswagen eine Software aufgespielt, bei der die Abgasreinigung im Wesentlichen nur über 15 Grad Außentemperatur funktioniert. Dem EuGH genügte diese „Rechtssanierung“ der deutschen Behörde nicht. Im Gefolge wird jetzt mit weiteren Urteilen – voraussichtlich noch dieses Jahr – entschieden, ob diese Fahrzeuge auf Straßen noch weiterfahren dürfen und ihre Besitzer:innen entschädigt werden sollen. **FG**

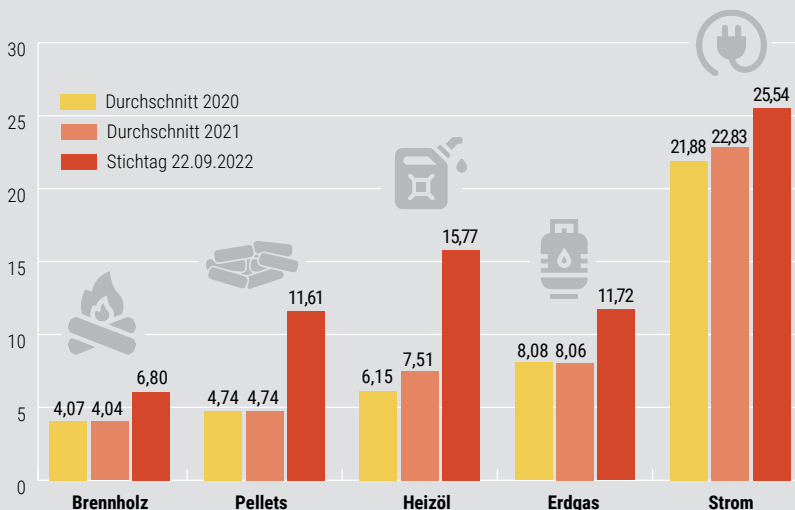
Gesunde Umwelt als Menschenrecht

Vereinte Nationen Die UN-Vollversammlung hat den Zugang zu einer „sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt als Menschenrecht“ erklärt, das „für alle, und nicht als Privileg für einige, wenige gilt“. Dies wurde am 28. Juli 2022 in New York einstimmig mit nur acht Enthaltungen beschlossen. Künftig wird der Beschluss als Ergänzung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948 ausgelegt werden.

Beschlüsse der UN-Vollversammlung sind rechtlich nicht verbindlich und auch nicht einklagbar. Ihre Symbolkraft sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Meist sind sie Ausgangspunkt für eine Verankerung in internationalen Verträgen und nationalen Verfassungen. **FG**

Winter ohne Preisbremse fürs Heizen

Kosten einer Kilowattstunde Energie für Haushalte im Durchschnitt im Jahresvergleich (in Cent/kWh)



Teure Wärme Nicht nur Gas und Strom sind empfindlich teurer geworden, auch bei Heizöl, Pellets und Brennholz lagen schon im September die Preise weit über dem Jahresdurchschnitt der Vorjahre. Dabei ist die Energiekrise noch nicht voll in den österreichischen Haushalten angekommen. Bei Gas und Strom wird sich das ganze Ausmaß erst in den Jahresabrechnungen offenbaren. Wer auf erneuerbare Energieträger umgestiegen ist, hat feststellen müssen, dass die Preissteigerungen nicht nur fossile Brennstoffe betreffen. Der Anstieg bei Pellets im Vergleich September 2022 zum Jahresdurchschnitt 2021 beträgt 145 Prozent und bei Brennholz immerhin fast 70 Prozent.

Vor allem Menschen, die im Laufe des Jahres den Anbieter wechseln mussten, haben bei Neuverträgen für Strom- und Gas eine Vervielfachung der Kosten gegenüber Altkund:innen hinnehmen müssen. Ein Ende der Preisspirale ist nicht absehbar, denn der österreichische Gaspreisindex liegt derzeit gegen-

über Oktober 2021 um 340 Prozent höher. Ähnliches gilt auch für den österreichischen Strompreisindex (plus 342 Prozent). Dass ab Dezember die „Strompreisbremse“ in Kraft tritt, wird die Haushalte zumindest bei ihrer Stromrechnung entlasten. Aber mehr als 500.000 Haushalte, in denen mit Gas geheizt wird und die in Mietwohnungen ihr Heizsystem nicht so leicht umrüsten können, haben keine Alternative, während viele Energieunternehmen Rekordgewinne machen. Eine Übergewinnsteuer wäre zur Finanzierung eines rascheren Ausstiegs aus Gas und Öl ein ökologisch und sozial notwendiger Beitrag der Unternehmen. **SL**



Es ist höchste Zeit für eine Preisobergrenze für einen Grundbedarf an Energie – auch für Raumwärme, egal wie geheizt wird.

Flächenverbrauch und Flächensparen

Bodenschutzstrategie Alle sprechen vom Flächenverbrauch und Flächensparen, doch die Verteilungsfrage wird dabei oftmals ausgeklammert. Erstaunlich naiv wird aktuell die Problematik des Flächenverbrauchs diskutiert. Unstrittig ist, dass mit der Ressource Boden aus ökologischer Sicht sparsam umgegangen werden muss. Das gängige Rezept für die Reduktion des Flächenverbrauchs über eine Begrenzung der Neuausweisung von Bau- und Verkehrsflächen durch die Raumordnung ist einfach. Einfach und gleichzeitig zu wenig, weil die ökonomischen und sozialen Folgen einer Verknappung des Flächenangebotes dabei ausgeblendet werden. Ökonomisch sind steigende und für viele nicht mehr leistbare Baulandpreise die Folge. Darüber dürfen sich alle Baulandbesitzer:innen freuen, das sind die großen Gewinner:innen. Verlierer:innen sind alle, die Bauland brauchen, sei es für Wohnen oder betriebliche Zwecke.



Ganzheitliche Bodenpolitik braucht also mehr als ein begrenztes Flächenangebot. Es fehlt die Strategie für die sozial und wirtschaftlich vernünftige Verteilung des in Zukunft begrenzten Baulandangebotes. Dazu muss auch der hoheitliche Zugriff auf ausgewiesenes Bauland, insbesondere auf ungenutztes oder unternutztes Bauland, möglich werden. Die Instrumente für notwendige Eingriffe in das Eigentum müssen entwickelt und rechtlich abgesichert werden. Das hat eine nachhaltige Bodenschutzstrategie zu leisten. **Edgar Atzmansdorfer / AK Salzburg**



Studie
Sozial-ökologische Arbeitsmarktpolitik. Fördermaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Österreich

Download:
<https://wien.arbeiterkammer.at/mwug>

Welche Produkte und Dienstleistungen – und somit welche Arbeit – tragen zum gesellschaftlichen Wohlergehen bei?

Klimagerechte Arbeitsmarktpolitik

Studie Die Klimakrise beeinflusst, welche Berufe und Qualifikationen am Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Gleichzeitig erfordert eine ambitionierte Klimapolitik massive Veränderungen in unserer Arbeitsweise und den ausgeführten Tätigkeiten. Doch wie kann eine zukunftsfähige Arbeitsmarktpolitik auf diese Veränderungen reagieren? Und wie können arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Auswirkungen von Klimakrise und Klimapolitik auf Arbeitnehmer:innen nicht nur abfedern, sondern gleichzeitig ökologisch vorteilhafte und sozial gerechte Wirkungen erzielen?

Diese Fragen beantwortet die Studie „Sozial-ökologische Arbeitsmarktpolitik. Fördermaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Österreich“ (November 2022, AK Wien und AK NÖ). Die Autor:innen analysieren die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des AMS hinsichtlich ihrer sozial-ökologischen Effekte sowie internationale Strategien der Arbeitsmarktpolitik mit positiven Auswirkungen für das Klima. Daraus werden 15 in Österreich umsetzbare Maßnahmen für eine sozial-ökologische aktive Arbeitsmarktpolitik abgeleitet, die zeigen: Um sozial gerecht mit der Herausforderung der Klimakrise umzugehen, muss Klimaschutz in der Arbeitsmarktpolitik mitgedacht werden.

Michaela Neumann / AK Wien

Kommentar

Radwege ausbauen – Vorbild Niederlande



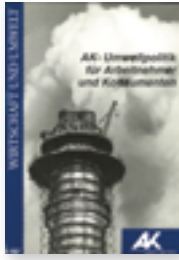
von Iris Strutzmann

Der Radfahrboom ist ungebrochen. Im letzten Jahr (2021) waren allein in Wien über 9,3 Millionen Radfahrer:innen unterwegs. Vor allem bei warmem und schönem Wetter kann es dann auch schon mal eng werden auf den Radwegen. Radfahren außerhalb der Stadt, also am Land? Nicht ganz so einfach. Sicher ist es nur dort, wo es auch ausgewiesene Radwege gibt. Auf einer Bundesstraße mit dem Rad? Nein Danke, ist mir echt viel zu gefährlich! Da lobe

Radfahrer:innen und Fußgänger:innen wird in holländischen Wohngebieten oft Vorrang vor dem motorisierten Verkehr gegeben.

ich mir das niederländische Fahrradparadies. Die Radwege sind dort fast überall hervorragend ausgebaut und vom Autoverkehr baulich getrennt, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Vielerorts gilt Vorrang für Fahrradfahrende vor dem Auto – auch bei Kreuzungen. Fahrradfahren macht dort so viel mehr Spaß. Daher fahren alle, egal ob jung oder alt und auch im Winter, mit warmer und windfester Kleidung. Das war nicht immer so. Anfang der 70er Jahre entschied sich die Politik bewusst für das Radfahren als Fortbewegungsform. In Folge wurde die Radinfrastruktur umfassend ausgebaut, damit sicheres Radfahren möglich ist. Die Bedürfnisse der Radfahrer:innen werden bei allen Planungen mitberücksichtigt. Ich wünsche mir solch zukunftsweisende Radfahrpolitik auch für ganz Österreich. Her mit mehr und baulich getrennten Radwegen!

Iris Strutzmann ist Agrarwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.



Vor 30 Jahren Die Diskussionen um das Ozonloch, Treibhauseffekt und Tropenholz zeigen es: Umweltpolitik kann nicht mehr von einem Staat allein betrieben werden. [...] Es ist daher notwendig, dass die Arbeitnehmervertretungen wissen, was auf internationaler Ebene los ist – und auch mitreden können. Die Arbeitnehmervertretungen, die Konsumentenvertreter aber auch die Umweltschutzverbände sind auf internationaler Ebene vergleichsweise noch schwach präsent – ein Zustand, der sich rasch ändern muss, wenn die Schutzinteressen nicht auf der Strecke bleiben sollen. Zur Wahrnehmung dieser Interessen auf europäischer Ebene hat die AK ein Büro in Brüssel eingerichtet.



Vor 15 Jahren CSR umschreibt den freiwilligen Beitrag der Wirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung, der über gesetzliche Forderungen hinausgeht. Leider endet dieser Nachhaltigkeitsansatz in den meisten Fällen in der PR-Abteilung. Die Folge sind viele bunte Berichte ohne ernsthaften Inhalt. [...] Bis heute ist CSR in der Umsetzung [...] nicht mehr als eine Hülse [...]. Verlässliche Informationen, wie „gut“ ein Unternehmen ist, wird es erst geben, wenn die Wirtschaft ihre Blockadehaltung gegen jegliche Standardisierung von Kriterien und Berichtsinhalten und ihre Überprüfung aufgibt.

Sie brauchen bessere Arbeitsbedingungen!

Buslenker:innen Soll der Branche nicht das Personal ausgehen, braucht es für die Beschäftigten mehr: Mehr Sicherheit, Planbarkeit, Möglichkeiten Beruf und Familie vereinbaren zu können, Anerkennung und vor allem gute (Einstiegs-)Gehälter.

Die Arbeitsbedingungen für Buslenker:innen bedürfen dringend einer Verbesserung. Hoher Zeitdruck, fehlende gesellschaftliche Wertschätzung für die geleistete Arbeit, das unattraktive Arbeitsumfeld, wie fehlende oder mangelhaft ausgestattete Sanitär- und Pausenräume, führen zu Frustration. Auch spontane Dienstplanänderungen, wenig Personal, geringe Planbarkeit von Schichten tragen zum schlechten Image des Berufes bei. Die Häufung von Übergriffen ohne adäquate Schulungs- und psychologische Begleitmaßnahmen erschweren ebenfalls die Arbeit.

Die derzeitige Ausschreibungspraxis mit massivem Kostendruck für die Unternehmen hat zu den immer schlechteren Arbeitsbedingungen der Buslenker:innen beigetragen. Verpflichtende Qualitäts- und Sozialkriterien bei Ausschreibungen müssen daher in Zukunft Bestandteil jeder Ausschreibung sein, um gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Gefordert wird eine verpflichtende Offenlegung der Kalkulation der Lohnkosten durch die Unternehmen, die sich bewerben, damit nachvollziehbar ist, ob diese auf realistischen Berechnungen beruht. **PS**



Foto: EMU/AK Wien

Wiederherstellung der Natur

EU-Gesetz Die EU-Kommission möchte die Biodiversität europaweit besser schützen und die negativen Auswirkungen von klimawirksamen Treibhausgasen reduzieren. Mit ihrem Verordnungsentwurf zur Wiederherstellung der Natur sollen verbindliche Renaturierungsziele festgelegt werden. Bis 2030 sollen mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresgebiete und bis 2050 alle Ökosysteme, die der Wiederherstellung bedürfen, wieder saniert werden. Zudem gibt es konkrete flächen- und zeitgebundenen Vorgaben für verschiedene Ökosysteme. Ausdrücklich genannt sind zum Beispiel Moore, Flüsse und Wälder aber auch städtische und landwirtschaftliche Ökosystem sowie Bestäuber. Die Wiederherstellung wird als ein Prozess zur aktiven oder passiven Unterstützung der Erholung des Ökosystems verstanden. Jetzt laufen die Verhandlungen im EU-Parlament und im EU-Rat zu diesem Vorschlag. Die Klimakrise wird immer spürbarer für uns alle. Mit einem Plan zur Wiederherstellung von natürlichen Lebensräumen könnte ein wichtiger Beitrag zum Schutz und Erhalt der Biodiversität sowie zum Speichern klimawirksamer Treibhausgase geleistet werden. **SI**

Wer von der Krise profitiert, muss auch zahlen

Die Energiepreise steigen. Wie können Lösungen gefunden werden, ohne Benachteiligte weiter zu belasten und „Profiteure“ der Krisen auch noch zu unterstützen? Auf diese und andere Fragen antwortet die GPA-Bundesvorsitzende **Barbara Teiber**.

Soll in den Energiemarkt regulierend eingegriffen werden?

Die jüngste Krise ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass die Marktkräfte in solchen Krisensituationen versagen. Dieses Versagen sehen wir ja nicht zum ersten Mal, denken wir an die Finanzkrise oder die Pandemie. Die Antwort auf die Frage ist also „Ja“ und in Wirklichkeit hätten diese Eingriffe in den Markt in der Energiekrise schon viel früher erfolgen müssen. Wir müssen darauf drängen, dass bei den staatlichen Eingriffen die Interessen der großen Mehrheit im Vordergrund stehen und es auch zu einem längerfristigen Strukturwandel kommt, etwa im Steuersystem.

Maßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung kosten Geld. Wie finanziert man das solidarisch?

In Wirklichkeit zahlen wir uns die Entlastung jetzt selber, weil ein Großteil der Steuergelder aus Massensteuern kommt. Gleichzeitig ist die Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften in Österreich extrem niedrig. Wir werden in den nächsten Monaten massiv darauf drängen, diese Schieflage im Steuersystem zu beseitigen. Leistungsloses Einkommen muss viel stärker besteuert werden, um die breite Masse zu entlasten oder wichtige Infrastruktur zu finanzieren, etwa auch den ökologischen Umbau. Es ist untragbar, dass nach jeder Krise die Vermögensschieflage noch größer wird. Das muss sich ändern!

Was kann die gewerkschaftliche Lohnpolitik zur Stabilisierung des Wohlstands beitragen? Die österreichische Lohnpolitik ist ein Musterbeispiel für eine langfristige Sta-



Eine Millionärssteuer muss Maßnahmen gegen die Teuerung finanzieren.

Wir werden massiv darauf drängen, diese Schieflage im Steuersystem zu beseitigen. Leistungsloses Einkommen muss viel stärker besteuert werden.

bilisierung des Wohlstands einer Gesellschaft. Sie hat auch während der letzten Krisen gut funktioniert. In Zeiten höchster Unsicherheit ist es enorm wichtig, dass Mechanismen wirken, auf die sich die Menschen verlassen können. Parameter der Lohnpolitik dürfen jetzt nicht geändert werden. Klar ist aber auch, dass die Lohnpolitik die Folgen der Teuerungskrise nicht allein schultern kann und es massive staatliche Interventionen braucht, um die ökonomische Situation der Vielen nicht zu verschlechtern. Wichtig ist aktuell, dass die Nachhaltigkeit der Lohnentwicklung erhalten bleibt.

Was ist jetzt für Arbeitnehmer:innen mit geringen Einkommen besonders dringend? Für viele geht jetzt im wahrsten Sinne ums Überleben und die Sicherung eines würdevollen Lebens. Die Einmalzahlungen und die Valorisierung der Sozialleistungen waren absolut notwendig. Was fehlt, sind aber Maßnahmen, die direkt bei den Preisen ansetzen, wie etwa durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Das Argument mit der Gießkannenförderung lasse ich dabei nicht gelten. Manchmal hat man das Gefühl, dass dieses Argument immer nur ins Treffen geführt wird, wenn es um Arbeitnehmer:innen geht. Bei Förderungen für die Wirtschaft und die Landwirtschaft hingegen gibt es kaum Treffsicherheit und wenig Transparenz. □

Barbara Teiber ist Vorsitzende der Gewerkschaft GPA und Vizepräsidentin der AK Wien

Politische Planung – Wie gelingt sie?

Etwas zu planen ist uns vertraut, wir planen ein Fest, einen Urlaub, ein Haus. Wir planen für die Karriere, für die Pension, für die Familie. Ein Plan dient der Erreichung eines Ziels – auch in der Politik. Wovon hängt der Erfolg eines Plans aber eigentlich ab? VON CHRISTOPH STREISSLER

Ein Plan, so steht es im Deutschen Wörterbuch der Brüder Grimm, ist „der Grund- und Umriss, der Entwurf [...] zu einer Arbeit oder Unternehmung der verschiedensten Art, mag er nun aufgezeichnet, mündlich entwickelt oder nur in Gedanken gemacht sein.“ Es geht dabei also stets um beides: um ein Ergebnis, das uns vorschwebt, und um den Weg, auf dem dieses Ergebnis erreicht werden soll. Auch in der Politik begegnen uns Pläne auf Schritt und Tritt. Ja, wir können fast sagen, dass Politik mit der Erarbeitung und Umsetzung von Plänen gleichgesetzt werden kann.

Politik besteht zum wesentlichen Teil aus der Erarbeitung und Umsetzung von Plänen.

Plänen im allgemeinen und politischen Plänen im Besonderen ist gemeinsam, dass sie ein angestrebtes Ziel oder Ergebnis definieren und einen Weg vom gegebenen Ausgangspunkt zum Ziel festlegen. Dabei müssen Chancen und Risiken dieses Weges stets im Auge behalten werden.

Die spezifischen Probleme der politischen Planung lassen sich an drei Handlungsfeldern veranschaulichen: Anhand der klimapolitischen Planung kann das Problem der Langfristigkeit mancher Ziele erläutert werden; anhand der Planung des Infrastrukturausbaus das Problem der Koordination von Planungsprozessen; und anhand der Raum-

planung die Herausforderung des Ausgleichs zwischen divergierenden Interessen.

Klimapolitik: Herausforderung Langfristigkeit

In der Klimapolitik besteht die größte Herausforderung wohl in der Langfristigkeit der Planung. Das Klimaabkommen von Paris nennt „die zweite Hälfte des Jahrhunderts“ als Zeitraum, in dem Klimaneutralität erreicht werden soll, in dem also die Emissionen an Treibhausgasen netto null erreichen sollen. Die EU will dieses Ziel im Jahr 2050 erreichen – für Regierungen, die in Perioden von vier oder fünf Jahren denken, ein weit entferntes Ziel. Andererseits ist die Herausforderung auch riesengroß, denn es geht um nicht weniger als den Abschied von einem Wirtschaftssystem, das auf der Nutzung fossiler Energieträger beruht.

Das bedeutet einen fast vollständigen Umbau der Wirtschaft. Denn die Produktionsanlagen von Unternehmen, die Heizungssysteme der meisten Häuser, die Autos, mit denen wir fahren, die Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe sind fast alle darauf ausgelegt, fossile Energieträger einzusetzen. Raffinerien zur Verarbeitung von Rohöl, Kokereien zur Umwandlung von Kohle in Koks, die großen kalorischen Kraftwerke, in denen durch Verbrennung von Kohle oder Erdgas Strom erzeugt wird, werden nicht mehr gebraucht, wenn keine fossilen Energieträger mehr eingesetzt werden.

Bei der Stromerzeugung kann Österreich zwar wegen der geographisch günstigen Bedingungen für Wasserkraft etwa drei Viertel des Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen decken. Aber Strom macht nur einen Teil des Energieverbrauchs aus. Im Verkehr stammen immer noch etwa 90 Prozent der Energie aus Erdöl, und auch beim Heizen wird nur etwa ein Drittel erneuerbare Energie eingesetzt, die restlichen zwei Drittel sind vor allem Heizöl und Erdgas.

Das Ziel der Klimaneutralität der EU bis 2050 bedeutet also, dass all diese Industrieanlagen, Kraftwerke, Fahrzeuge, Heizsysteme in spätestens 27 Jahren nicht mehr in Betrieb sein dürfen. Sie müssen ersetzt werden, teilweise durch völlig andere Technologien. Für die Größe dieser Aufgabe ist die verbleibende Zeit äußerst kurz.

Damit die Mitgliedstaaten genug tun, um gemeinsam das gesteckte Ziel zu erreichen, wurde in der sogenannten Governance-Verordnung der EU (2018/1999/EU) vereinbart, dass die Mitgliedstaaten Pläne vorlegen sollen, wie sie diese Ziele in die Realität umsetzen wollen. Diese sogenannten „Nationalen Energie- und Klimapläne“ sollen jeweils für zehn Jahre gelten und alle fünf Jahre überarbeitet werden. Gleichzeitig soll regelmäßig überprüft werden, ob die Fortschritte ausreichen. Auf diese Weise wird das langfristige Ziel – Dekarbonisierung bis 2050 – auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt und in handhabbare Schritte zerlegt. Die Festlegung von Zwischenzielen kann auch dazu beitragen, dass der Weg überschaubarer wird. Das erhöht wiederum das Vertrauen in die Machbarkeit des Ziels. Dadurch kann es gelingen, das Problem der Langfristigkeit der Zielsetzung in den Griff zu bekommen.

Infrastrukturausbau: Herausforderung Koordination

Ein anderes Beispiel für Planungsprozesse ist der Infrastrukturausbau für Verkehr und Energie. Vor allem die Übertragungsnetze für Elektrizität sowie der Ausbau der Straßen- und Schienennetze müssen den vielfältigsten Anforderungen genügen. Die Herausforderung, die anhand dieses Beispiels gut illustriert werden kann, ist die Koordination von Planungen zwischen diesen Interessensgruppen.

Bei der Elektrizität geht es etwa darum, dass der Ausbau der erneuerbaren Energieträger – vor allem große Windparks – dazu führt, dass Stromleitungen benötigt werden, wo bisher keine ausreichenden Kapazitäten zur Verfügung stehen. Aber auch die Sicherheit der Versorgung mit Elektrizität erfordert einen fortgesetzten Ausbau der Übertragungsleitungen.

Ein Beispiel, das besonders viel Aufmerksamkeit bekam, ist die sogenannte Salzburgleitung, mit der eine Lücke im österreichischen Übertragungsnetz geschlossen werden soll. Sie wird von der APG errichtet, der „Austrian Power Grid“, die das österreichische Übertragungsnetz betreibt. ▷

Lange Genehmigungsverfahren sind ein Problem. Das Zauberwort zur Verbesserung der Verfahren lautet „Planungskoordination“.

Kurzgefasst

Pläne sind von jeher Handwerkszeug der Politik. Doch immer wieder steht es schlecht um die Erreichung der geplanten Ziele. Hier werden drei typische Herausforderungen analysiert, die bewältigt werden müssen, wenn ein politischer Plan Erfolg haben soll: Die Langfristigkeit mancher Pläne, die Koordination der Entscheidungsebenen sowie die Abwägung der betroffenen Interessen.



Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh

Als wichtige Ost-West-Verbindung in Österreich ist die Salzburgleitung laut APG ein Schlüsselprojekt, um einen effizienten Austausch zwischen überschüssigem Windstrom aus Ostösterreich und den Pumpspeicherkraftwerken im Westen zu gewährleisten. Das Verfahren für die Genehmigung dieser Hochspannungsleitung dauerte mehr als sechs Jahre, bevor im Jahr 2019 mit dem Bau begonnen werden konnte.

Derart lange Verfahren sind ein Problem, weil sie viel Geld und Ressourcen kosten und der notwendige Ausbau der Infrastruktur verschleppt wird. Das Zauberwort, um diese Interessen unter einen Hut zu bringen, lautet „Planungskoordination“.

Damit ist gemeint, dass die Gebietskörperschaften gemeinsam – also der Bund mit den Bundesländern und den Gemeinden – einen grundlegenden Entwurf der Infrastruktur erarbeiten, der die geplanten Vorhaben in ihren Grundzügen enthält. Wenn es dann um den konkreten Bau eines der Vorhaben geht, müssen Bund, Länder und Gemeinden einander informieren und einbinden. Darüber hinaus ist es aber auch nötig, dass etwa eine Gemeinde die anderen Ebenen informiert, wenn sie ein Wohngebiet ausweisen will, das eine vereinbarte Stromleitung in der Umgebung unmöglich machen würde. Für eine wirksame und effiziente Planung ist es also unbedingt nötig, im gesamten Planungsprozess auf die Koordination zwischen den beteiligten Ebenen zu achten.

Die EU arbeitet in hohem Maß mit staatlichen Planungsinstrumenten. Der Europäische Grüne Deal ist eines davon.

Raumordnung: Herausforderung Interessenabwägung

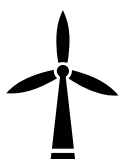
Die dritte Herausforderung bei der Planung ist schon angeklungen: der Ausgleich der Interessen zwischen den Beteiligten. Er kann am Beispiel der Raumordnung illustriert werden. Diese legt fest, wie der Raum genutzt werden soll: auf welchen Flächen Landwirtschaft betrieben wird, wo sich Industrieunternehmen oder Einkaufszentren an-

siedeln sollen, wo Wohngebiete errichtet werden sollen etc. Die Kompetenz dazu liegt primär bei den Gemeinden, die Landesebene hat die Rolle einer Aufsicht.

Typische Probleme der Raumordnung bestehen darin, dass am Rand eines Siedlungsgebietes ein Supermarkt auf der „grünen Wiese“ errichtet wird, während im Zentrum der Gemeinde Geschäfte leer stehen. Damit geht ein Verlust von Grünraum einher, und es kommt zu steigender Verkehrsnachfrage. Auch die Widmung neuer Wohngebiete möglichst im Grünen führt zu ähnlichen Effekten. Bei derartigen Widmungen stoßen unterschiedliche Nutzungsansprüche und Interessen aufeinander: Grundeigentümer sehen einen Wertzuwachs; die Errichter der Wohnhäuser oder des Supermarkts sind an möglichst wenig Einschränkungen des Projekts interessiert; demgegenüber sehen Erholungssuchende den Verlust von Grünraum; die Versorgungssituation im Zentrum verschlechtert sich; die Gemeinde hat zwar eventuell höhere Steuereinnahmen, muss aber auch Erschließungskosten tragen.

Die Rolle des Interessenausgleichs zeigt sich in den Raumordnungsgesetzen der Länder. So heißt es etwa in Oberösterreich, dass die Raumordnung die „bestmögliche Nutzung und Sicherung des Lebensraumes im Interesse des Gemeinwohles“ zu gewährleisten hat und dabei die „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft sowie den Schutz der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage des Menschen“ zu beachten hat.

Eine planerische Entscheidung wird umso eher akzeptiert, je klarer und transparenter diese Interessenabwägung erfolgt. In Österreich fehlt ein bundesgesetzlicher Rahmen für die Raumordnung. Daher lohnt ein Blick in die Schweiz, wo die Raumplanungsverordnung die Behörden verpflichtet, bei der Raumplanung die Interessen gegeneinander abzuwägen, „indem sie (a) die betroffenen Interessen ermitteln; (b) diese Interessen beurteilen und dabei insbesondere die Vereinbarkeit mit der anzustrebenden räumlichen Entwicklung und die möglichen Auswirkungen berücksichtigen; (c) diese Interessen auf Grund der Beurteilung im Entscheid möglichst umfassend berücksichtigen.“ Eine so verstandene, transparente und möglichst objektive Interessenabwägung ist dazu angetan, die Qualität von Planungen wesentlich zu verbessern und ihre Akzeptanz sicherzustellen.



27 Jahre

haben wir noch, bis in der EU Klimaneutralität erreicht werden soll. Icon: freepic



>6 Jahre

dauerte das Genehmigungsverfahren der Salzbergleitung – das sollte schneller gehen. Icon: PIXARTIST

Was kann politische Planung leisten?

Manche Pläne in der Politik haben einen schlechten Ruf. Besonders die detaillierten Wirtschaftspläne der kommunistischen Staaten gelten vielen heute als Grund für den Untergang der Sowjetunion. Auch Japan entwickelte unter der liberal-demokratischen Partei bis 1980 die Wirtschaft auf der Basis von Fünfjahresplänen. Indien arbeitete bis 2017 mit Fünfjahresplänen. Bis heute gibt es in China Fünfjahrespläne; der derzeit gültige, vierzehnte Fünfjahresplan gilt für die Jahre 2021 bis 2025 und enthält unter anderem das Ziel der Klimaneutralität Chinas bis 2060. Im Gegensatz zu früheren Plänen erfolgt die Steuerung kaum mehr im Detail, sondern auf einer übergeordneten Ebene.

Auch die EU arbeitet in hohem Maß mit staatlichen Planungsinstrumenten. Der europäische Grüne Deal ist „die Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist.“

Viel hängt davon ab, dass der Plan der Klimaneutralität wirklich umgesetzt wird. Die Chancen dafür sind umso größer, je mehr Vertrauen in den Plan besteht und je besser er in überschaubare Teilschritte aufgeteilt wird. Gleichzeitig ist es nötig, die Schritte auf den verschiedenen Ebenen abzustimmen. Je klarer die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Zielsetzungen und je klarer die Zuständigkeiten geregelt sind, desto leichter fällt die notwendige Koordinierung der Planung. Damit hängt auch die adäquate Einbeziehung der betroffenen Interessen zusammen. Ein politischer Plan braucht Legitimität. Je transparenter die Interessen der Betroffenen einbezogen werden und je offener sie im Licht der Gesetze abgewogen werden, desto eher wird der Plan als demokratisch angesehen. □



Moralische Anforderungen an das Eigentum

Planung und Ideologie

Planung ist ein umkämpfter Begriff. Liberale behaupten, dass staatliche Planung dem Ergebnis eines Wettbewerbsmarktes stets unterlegen sei. Tatsächlich gab und gibt es aber Phasen, in denen sich staatliche Planung – auch bei sehr komplexen Aufgaben – bestens bewährt hat. Hingegen gibt es kaum Beispiele für funktionierende Wettbewerbsmärkte; immer wieder muss der Staat eingreifen, um das Funktionieren des Wettbewerbs zu gewährleisten – paradoxerweise der einzige Eingriff, den Liberale dem Staat zubilligen.

Tatsächlich handelt es sich hier aber nicht um zwei unversöhnliche Gegensätze, sondern um die zwei Enden eines breiten Spektrums: Zwischen einer reinen staatlichen Wirtschaftslenkung und einem reinen Wettbewerbsmarkt gibt es verschie-

dene Grade des staatlichen Eingriffs durch Planung. Da Planung die Risiken für die Unternehmen verringert und die Investitionssicherheit erhöht, rufen auch Unternehmen oft nach ihr.

Hinter der Ablehnung jeglicher Planung durch den Staat steht zumeist die Überhöhung des Rechts auf Eigentum. Je weiter der Eingriff durch den Staat geht, desto mehr wird der absolute Eigentumsanspruch in Frage gestellt. Mit staatlicher Planung geht eine Sozialpflichtigkeit von Eigentum einher, also eine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft, die dem Eigentum Grenzen setzt. Diese Vorstellung einer gesellschaftlichen Verpflichtung hat letztendlich einen moralischen Charakter, ohne den eine so grundlegende gesellschaftliche Transformation wie die Bewältigung der Klimakrise nicht gelingen kann. □

Planlose Energiewende geht nicht, Österreich probiert's trotzdem

Statt gebetsmühlenartig an den UVP-Verfahren herumzukritisieren, dass sie zu lange dauern, sollten wir uns lieber fragen, was eine gut gemachte Raumplanung und Planungsabstimmung für die nötige Energiewende bringen könnte. VON WERNER HOCHREITER



Werner Hochreiter ist Jurist und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh

Österreich braucht erhebliche Investitionen in Speicherinfrastruktur und Übertragungs- und Verteilnetze. So steht es im Länderbericht Österreich der Europäischen Kommission, ob das EU-Umweltrecht korrekt umgesetzt ist. Wir wissen, dass wir außerdem noch mehr Kapazitäten zur Erzeugung von Erneuerbarer Energie brauchen. Zu alledem wären verbindliche Planungen und Verfahren, in denen diese Sachplanungen mit der Raumordnung in den Bundesländern abgestimmt werden, nötig. Doch so etwas haben wir in Österreich nicht. Ein von der Wirtschaft mit viel Nachdruck vorgetragenes Narrativ lautet dagegen:

Das von der Wirtschaft als Verfahrensbeschleunigungsturbo gedachte Standortentwicklungsgesetz (StEntG) ist ein Symbolgesetz geblieben. Kein einziger Anwendungsfall.

„Die Verfahren gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) dauern viel zu lange und verhindern so die nötigen Energieerzeugungs- und -leitungsanlagen“. So tönt es seit Jahren und diese Haltung prägt jetzt auch wieder die Debatte um die anstehende Novelle zum UVP-Gesetz. Erklärtes Ziel ist, für die Projektbetreiber Verfahrenserleichterungen, Abschwächungen von den Umwelanforderungen und weniger Beteiligung der Zivilgesellschaft in den Verfahren zu erreichen. Sinnvoll? Zurecht?

Hauptsache schnell?

Projektgenehmigungsverfahren sind kein Selbstzweck. Sie sollen Gewähr für Projekte auf einem hohen qualitativen Standard in einem transparenten, faktenbasierten Verfahren unter ausreichender Beteiligung der Öffentlichkeit sicherstellen. Das braucht halt Zeit. Natürlich sollen solche Verfahren nicht über Gebühr lange dauern, sind zügig abzuschließen, gerade wenn die zu errichtenden Projekte wichtige Bausteine für die Energiewende

und somit im öffentlichen Interesse sind. Zurecht erwarten Betreiber Planungs- und Rechtsicherheit und sollen darauf vertrauen können, dass Behörden und Gerichte genug Personal, und vor allem die nötigen Sachverständigen haben, um die Verfahren bestmöglich zu managen.

Dass es zu kurz greift, ständig nur am UVP-Gesetz zu drehen, zeigt der seit Februar 2021 vorliegende Bericht der Arbeitsgruppe UVP-Verfahrenseffizienz. Er enthält einsichtige Vorschläge und ist in seinen Schwerpunktsetzungen zu unterstützen:

- Nach wie vor fehlt es an ausreichendem Personal in Behörden und Gerichten.
- Zweifelsohne braucht es Verbesserungen in den Verfahrensvorschriften und im Verfahrensmanagement der Behörden (~ Strukturierung der Verfahren, Prüftiefe, ...).
- Natürlich fehlt noch immer die überfällige Vollkonzentration im 3. Abschnitt des UVP-G (Schiene, Straße).

Bericht hat „blinde Flecken“

Der Bericht hat aber zwei gravierende Schwächen. Große Infrastrukturvorhaben wie Straßenbau, Schienen oder Starkstromtrassen leiden darunter, dass ungelöste Planungskonflikte oft erst im Zuge des UVP-Verfahrens angesprochen werden können. Diese Probleme lassen sich dort jedoch nicht mehr lösen.

Es fehlt an förmlichen Planungsverfahren im Vorfeld, wo all diese Fragen zur Trassen- oder Alternativenwahl transparent unter angemessener Beteiligung der Öffentlichkeit abgearbeitet und mit



Windparks in Bergregionen sind ein wichtiger Beitrag für die Energiewende, aber immer wieder umstritten.

einer förmlichen, rechtlich verbindlichen Planung (z.B. in Form einer Trassenverordnung) abgeschlossen werden können. Das könnte Akzeptanz fördern und die nachfolgenden UVP-Verfahren von solchen Streitigkeiten entlasten.

Der Bericht geht zweitens nicht darauf ein, dass wichtige in der UVP mitanzuwendende Materien-gesetze (zu Straßen, Flughäfen, Schienenwegen und Starkstromwegen!) nicht nur in dieser Hinsicht veraltet sind, sondern zudem keinerlei Schutzstandards vorsehen, welche dann in den UVP-Verfahren aufs immer Neue erst entwickelt werden müssen.

Paradebeispiel ist das Starkstromwegerecht, das keinerlei Grenzwerte für die zulässige, nicht-ionisierende Strahlung enthält. Eine Festlegung von Grenzwerten wäre aus Sicht der Verfahrenseffizienz und -beschleunigung sehr sinnvoll. Auch die Erdkabelfrage ist ungelöst.

7,2 Monate

dauerten die UVP-Verfahren zwischen 2009 und 2020 im Mittel ab Vollständigkeit der Unterlagen bis zum Bescheid.

Infrastrukturplanung ist privatisiert und dereguliert

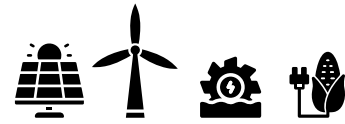
Beide Themenbereiche werden von der Wirtschaft und der maßgebenden Politik regelmäßig „unter den Tisch gekehrt“, weil man noch immer meint, dass zeitgemäße Umweltstandards wie förmliche Infrastrukturplanung nicht opportun sind, und weil man Projekte in den gegebenen unverbindlichen Strukturen verlässlicher und schneller umsetzen könne.

Man kann hier von einem regelrechten Planungsregulierungsparadigma sprechen, das für weite Bereiche der österreichischen Infrastrukturpolitik vorherrscht. Planungsverantwortung ist da faktisch an betraute, meist staatsnahe Unternehmen überantwortet. Staatliche Steuerung und Einflussnahme sind auf eine periodische Abstimmung des laufenden Arbeitsprogramms des Unternehmens beschränkt, so wie es jüngst beim ASFINAG-Bauprogramm zu beobachten war. Infrastrukturplanung ist in Österreich somit privatisiert und komplett dereguliert. Mangels eines Planungsabstimmungsverfahrens kann es auch keine förmliche Beteiligung von Betroffenen, etwa Kommunen und Ländern geben. So ist es für Autobahnen, Schienenwege, die Luftfahrt und für Starkstromwege („NEP“) sowie andere Energienetze festgelegt. Auch der ▷

Kurzgefasst

Eine Energiewende braucht gute Projekte. Ständig nur von Verfahrensbeschleunigung zu reden ist ebenso einäugig wie die Dauerkritik am UVP-G. Eine gut gemachte Raumplanung kann UVP-Verfahren von wesentlichen Streitigkeiten entlasten und zu Planungssicherheit beitragen. Doch dafür fehlt es in Österreich an den Rechtsgrundlagen. Ein Bundesraumordnungsgesetz sollte diskutiert werden.

Fachtagung „Zukunftsorientierte Energieraumplanung für eine naturverträgliche Energiewende“ 12.9.2022 –
Nachlese unter
www.oekobuero.at oder
www.akwien.at.



27 TWh

mehr an jährlicher Stromerzeugung müssen bis 2030 in Österreich aus erneuerbaren Quellen stammen. Davon sollen 11 TWh auf Photovoltaik, 10 TWh auf Wind, 5 TWh auf Wasserkraft und 1 TWh auf Biomasse entfallen. icons: freepic

gemäß dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) auszuarbeitende Integrierte Netzinfrastrukturplan (NIP) ist diesem Paradigma verhaftet. Obzwar eine strategische Umweltprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen ist, leidet der NIP selber wiederum an Unverbindlichkeit. Wie die Ziele für den Erneuerbarenausbau auf die Bundesländer heruntergebrochen werden, ist offengelassen!

Standortentwicklungsgesetz Fehlanzeige

Immerhin zeigt der Bericht der Arbeitsgruppe UVP-Verfahrenseffizienz, dass dort zur Planungsfrage Handlungsbedarf artikuliert worden ist, und er regt eine weitere Arbeitsgruppe an. Was er empfiehlt, greift aber viel zu kurz. In Wahrheit sollte man endlich „Tacheles“ reden: Das von der Wirtschaft als Verfahrensbeschleunigungsturbo gedachte Standortentwicklungsgesetz (StEntG) ist ein Symbolgesetz geblieben. Bis heute gibt es keinen einzigen

Raumplanung und Planungsabstimmung sind in Österreich noch viel zu politisch. Kooperation muss am Schluss in verbindliche Lösungen münden können.

Anwendungsfall. Dabei ist die Idee, dass der Staat Projekten im öffentlichen Interesse „unter die Arme greift“, grundrichtig, die Lösung in Form einer Bevorzugungserklärung der Bundesregierung aber eine komplette Fehlkonstruktion.

Aber könnten nicht verbindliche Fachplanungen, z.B. wo es in Österreich noch zusätzliche Starkstromleitungen braucht, viel eher der Grundidee zum Durchbruch verhelfen und gleichzeitig die nötigen Räume für Transparenz und Beteiligung aufmachen?

Welchen Beitrag verbindliche Fachplanungen des Bundes samt einer Planungskoordination, also Abstimmung mit der Raumordnung der Länder liefern können, war Thema einer von Ökobüro und AK am 12. September veranstalteten Fachtagung „Zukunftsorientierte Energieraumplanung für eine naturverträgliche Energiewende“. Am Beispiel Schweiz sieht man, wie Planung und Planungsabstimmung organisiert sein kann – Österreich schafft das leider nicht. Raumplanung ist hierzulande noch viel zu politisch. Kooperation muss am Schluss in verbindliche Lösungen münden können. Für vieles davon fehlt es in Österreich an den nötigen gesetzlichen Grundlagen, sodass es oft beim kleinsten gemeinsamen Nenner bleiben muss:

- Erstens fehlt eine Pflicht des Bundes zu verbindlichen förmlichen Planungen in raumbedeutsamen Maßnahmenbereichen.

- Zweitens fehlen Verfahrensregeln für verbindliche Planungsabstimmung im Bundesstaat, und zwar: Wer plant, ist verpflichtet sich mit anderen betroffenen Planungsträgern abzustimmen, die das auch einfordern können (Abstimmungspflicht). Und jeder Planungsträger muss dann das Abstimmungsergebnis auch in seinen Planungen berücksichtigen (Berücksichtigungspflicht); wenn keine Einigung gelingt, braucht es ein Bereinigungsverfahren, in dem der Bund das letzte Wort hat.
- Drittens braucht es eine Behörde dazu. In der Schweiz ist dafür das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) zuständig, wofür es in Österreich kein Gegenstück gibt.

Bundesraumordnungsgesetz gefragt

Konkret ist zu fragen, ob es nicht förmliche Korridorplanungsverfahren z.B. für Starkstromwege braucht, um die UVP-Verfahren von den raumbedeutsamen Fragen zu entlasten. Es könnten sich auch verbindliche Sachpläne nach Schweizer Vorbild für die einzelnen Infrastrukturbereiche empfehlen. Die bestehenden Kompetenzen zum Elektrizitätswesen wie zu Starkstromwegen, aber auch die im EAG eingeräumte Kompetenz würde schon jetzt ermöglichen, Planung und Planungskoordination im Ansatz zu verankern.

Nähert man sich diesen Fragen, gelangt man schnell zu den Grundsätzen und Eckpunkten, wie sie schon 1990 für ein zu schaffendes Bundesraumordnungsgesetz skizziert worden sind. Es ist offensichtlich, dass Fragen der Planungsabstimmung zwischen dem Bund und den Ländern nicht bloß auf das Thema Energie beschränkt sind, sondern alle Infrastrukturbereiche (Straße, Schiene, Luftfahrt) betreffen. Darüber hinaus gibt es viele aktuell bedeutsame Maßnahmenbereiche in Klima- und Bodenschutz, die ein kooperatives Vorgehen nötig machen. Hier verfügen weder der Bund noch die Länder über ausreichende Kompetenzen (Querschnittsmaterie). Kurzum: Es sollte endlich über ein Bundesraumordnungsgesetz auf der Basis einer neuen Grundsatzgesetzgebungskompetenz im B-VG geredet werden. □

Verfahren beschleunigen durch gute Raumplanung?

In der Schweiz werden wichtige Infrastrukturprojekte, die in die Kompetenz des Bundes fallen, mittels Sachplanung konzipiert. Wie dieses System funktioniert, erklärt der Schweizer Raumplaner **Leonhard Zwiauer**.

Große Infrastrukturprojekte brauchen in der Schweiz eine Grundlage in einem Sachplan. Wie entsteht so ein Sachplan?

Die zuständige Bundesstelle ist für die Erarbeitung des Entwurfs zuständig, z.B. betreffend einen Korridor für eine 380-kV-Hochspannungsleitung. Sie arbeitet dabei mit den weiteren betroffenen Bundesstellen und den Fachstellen der betroffenen Kantone zusammen sowie – soweit zutreffend – mit dem Ausland und Organisationen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Ziel ist es, allfällige Konflikte im Rahmen der Planung rechtzeitig zu erkennen und partnerschaftlich lösen zu können. Zum erarbeiteten Entwurf können dann die Kantone und Gemeinden wie auch die Bevölkerung inklusive Umweltverbände und lokale Initiativen Stellung nehmen. Schließlich wird der Sachplaneintrag unter Berücksichtigung der Eingaben überarbeitet und durch den Bundesrat (Regierung) verabschiedet. Wichtig: Nicht alle Infrastrukturprojekte werden mittels Sachplanung geplant, sondern diejenigen, welche in die Kompetenz des Bundes fallen und dabei gewichtige Auswirkungen auf Raum und Umwelt aufweisen.

Wie verhalten sich die Vorgaben eines Sachplans zu den kantonalen Richtplänen und Nutzungsplänen der Gemeinden? Sachplaneinträge sind für planende Behörden aller Staatsebenen verbindlich und folglich auch bei Anpassungen der kantonalen Richtpläne wie auch der kommunalen Nutzungspläne zu berücksichtigen. Umgekehrt werden bei der Erarbeitung eines Sachplan-



Foto: Zwiauer / privat

Die Abstimmung im Bundesstaat funktioniert nach dem Schweizer „Gegenstromprinzip“.

Die Projektdauer wird durch die Komplexität der Interessen bestimmt – sich Zeit für die übergeordnete Planung zu nehmen, führt zu tragfähigeren Lösungen.

eintrags bestehende Pläne von Kantonen und Gemeinden berücksichtigt. Diese Abstimmungspflicht gilt in beide Richtungen und wird deshalb in der Schweizer Raumplanung als Gegenstromprinzip bezeichnet.

Welche Vorteile können Sachplanverfahren für die nachfolgenden Genehmigungsverfahren zum Ausführungsprojekt haben? Das Sachplanungsverfahren entlastet das nachfolgende Plangenehmigungsverfahren (Baubewilligung), u.a. indem eine Abstimmung zwischen den verschiedenen Behörden und den öffentlichen Interessen, die sie vertreten, herbeigeführt wird – z.B. Umweltsachen. Der formale Entscheid erhöht dabei die Rechtssicherheit für die Projektierenden.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten tragen zur Akzeptanz bei (ohne sie zu garantieren) und bringen allfällige Schwachpunkte der Projektplanung recht zuverlässig ans Licht. Sie können als Trainingsfeld für die gerichtliche Auseinandersetzung gesehen werden. Eine gute Planung und eingegangene Kompromisse können Rechtsmittelverfahren nicht verhindern, bilden aber oft die Basis für eine gerichtliche Bestätigung der Projekte.

Können Betroffene auch gegen Sachpläne klagen? Verzögert das nicht wieder die Verfahren? Gegen die Sachplaneinträge kann nicht direkt geklagt werden – gegen Plangenehmigungen, die darauf beruhen, hingegen schon. Aber indirekt sind sie überprüfbar, indem man gegen die darauf beruhende Plangenehmigung vorgeht. Unsere Erfahrung ist: Insgesamt wird die Projektdauer primär durch die Komplexität und Widersprüchlichkeit der Interessen bestimmt und weniger durch die Anzahl der Verfahrensschritte. □

Leonhard Zwiauer ist Koordinator der Planungen „Energie und Raum“ beim Schweizer Bundesamt für Raumentwicklung.

Ein gerechter Wandel erfordert Planung und soziale Sicherheit

Der letzte Sommer hat erneut eindrücklich gezeigt, dass wir mitten in der Klimakrise angekommen sind. Um die Folgen der Erderwärmung und den notwendigen Umbau der Wirtschaft zu bewältigen, braucht es einen handlungsfähigen öffentlichen Sektor. VON SYBILLE PIRKLBAUER UND FLORIAN WUKOVITSCH

Kurzgefasst

Die Bekämpfung der Klimakrise erfordert weitreichende Änderungen, die in alle Lebensbereiche hineinwirken. Eine breite Unterstützung für die notwendigen Maßnahmen wird es nur geben, wenn die Menschen in allen Phasen ihres Lebens ein gutes Auskommen haben, nicht zuletzt in Zeiten der beruflichen Neuorientierung. Dafür braucht es einen vorsorgenden und krisenfesten Sozialstaat.

Der Klimawandel ist die Folge maßloser Ausbeutung von Natur und von Menschen. Die Dimension der Ausbeutung im fortgeschrittenen Kapitalismus hat zu einer historisch einzigartigen Umweltzerstörung und Verteilungsungerechtigkeit geführt. Beides muss aufhören. Der notwendige Umbau unserer Wirtschaftsweise wirkt in alle Lebensbereiche, er ist nur möglich mit der Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten. Die wird es aber nur geben, wenn die Menschen die Sicherheit haben, gut durch die Transformation zu kommen oder von ihr im besten Fall zu profitieren.

Die Geschichte hat gezeigt: Das Soziale kann nicht dem Markt überlassen werden. Sogenannte Marktlösungen führen dazu, dass viele Menschen

keine guten Leistungen oder keinen ausreichenden Schutz bekommen. Ein hoher Anteil der Mittel fließt statt den Bürger:innen oder den Versicherten zugute zu kommen, so in die Werbung und Profite privater Konzerne. Das zeigt sich beispielsweise im Bereich privater Pensionsvorsorge: Dort schlagen Verwerfungen auf den Finanzmärkten unmittelbar auf die Leistungen durch. Für die Betroffenen bedeutet das massive Einkommenseinbußen und nicht selten ein Abrutschen in die Armut.

Der notwendige Umbau unserer Wirtschaftsweise wirkt in alle Lebensbereiche, er ist nur möglich mit der Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten.



Sybille Pirklbauer ist Politologin und Leiterin der Abteilung der Sozialpolitik der AK Wien.

Foto: Lisi Specht

Sozialpolitik im Zeichen der Krise

In Österreich konnten massive Verschiebungen der Altersvorsorge in Richtung Kapitalmärkte bislang verhindert werden – auch durch den Widerstand von Arbeiterkammer und Gewerkschaften. Aber auch wenn der österreichische Sozialstaat weiterhin gut ausgebaut ist und prinzipiell die Versorgung in allen Lebenslagen sicherstellt, gibt es

Lücken. So liegt die Mindestpension („Ausgleichszulage“) unter der Armutsschwelle, ebenso die Mindestsicherung/Sozialhilfe. Bei den arbeitslosen Menschen haben 9 von 10 einen Tagsatz, der die Armutsschwelle nicht überschreitet.

Jetzt kommen soziale Risiken als Folge der Klimakrise hinzu. So entstehen neue Gesundheitsrisiken dadurch, dass die Sommer immer heißer und die Winter immer weniger kalt sind. Die Hitze belastet Kinder und ältere Menschen sowie jene, die unter Herz-Kreislauf- oder chronischen Krankheiten leiden. Die Wärme verlängert die Allergieperiode, verschärft damit Atemwegserkrankungen und sorgt für das Einschleppen neuer tropischer Krankheiten wie etwa Malaria. Das Gesundheitssystem muss diese Risiken evaluieren und die Versorgung der Betroffenen sicherstellen.

Vermehrte Extremwetterlagen zerstören auch Infrastruktur. So sorgten heuer massive Unwetter in Kärnten und Tirol mit Starkregen, Sturm und Hagel für Überschwemmungen und Vermurungen und damit Schäden in Millionenhöhe. Das betrifft auch Straßen und Bahnlinien, womit viele Menschen nicht mehr zu ihrem Arbeitsplatz, oder von diesem zurück nach Hause kommen. Aber auch private Häuser und Wohnungen sowie Unternehmen sind betroffen. Für die unmittelbaren Folgen der Klimakrise muss das Arbeitsrecht den Beschäftigten Schutz bieten, wenn Wetterextreme die Arbeit selbst oder den Weg zum Arbeitsplatz verunmöglichen.

9 von 10

arbeitslosen Menschen haben einen Tagsatz, der die Armutsschwelle nicht überschreitet.



Immer mehr Menschen müssen jeden Euro einzeln umdrehen, weil die Mindestsicherung nicht reicht.

Sicherheit in der Transformation

Die sozial-ökologische Transformation bringt große Umbrüche, die manche Berufe verschwinden und neue entstehen lassen. Hier muss es einen Rechtsanspruch auf den Erwerb neuer, nachgefragter Kompetenzen geben. Auf Betriebsebene ist die Mitbestimmung der Belegschaften sicherzustellen. Neue Arbeitszeitmodelle (z.B. Siesta/Mittagsruhe) und eine Verkürzung der Wochen-Arbeitszeit in Richtung „gesunder Vollzeit“ ermöglichen ein gutes Leben, das nicht über ein Maximum an Konsum definiert wird. Dabei darf aber natürlich nicht auf die Qualität der Arbeitsplätze vergessen werden. Die hohen arbeitsrechtlichen Standards der Industrie dienen hier durchaus als Messlatte.

Zu beschäftigungsfördernden Maßnahmen in der Transformation gehört auch der Ausbau sozialer Dienstleistungen. Dieser trägt dazu bei, dass das Leben der Menschen durch dringend benötigte Leistungen in Bereichen wie Kinderbetreuung, Pflege oder Bildung verbessert wird und tausende ressourcen- und klimaschonende Arbeitsplätze in den Regionen geschaffen werden. Dabei sind aber nicht nur für den Ausbau die notwendigen Mittel sicherzustellen, gerade auch auf Gemeindeebene. In vielen Bereichen muss es zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen kommen, die ebenfalls

eine entschlossene Aufstockung der öffentlichen Budgets erfordern.

Und nicht zuletzt braucht es eine Form der sozialen Absicherung, die die Sicherheit gibt, zu jeder Zeit ein gutes Auskommen zu haben, sei es in Phasen der Familiengründung, der beruflichen Neuorientierung oder im Ruhestand. Zu diesem Zweck müssen nicht nur die Geldleistungen des Sozialstaats auf ein Niveau gehoben werden, das Armut wirksam verhindert. Er muss auch den Zugang zu klimaschonenden Formen der Mobilität, der Energieversorgung und des Wohnens zu leistbaren Bedingungen sicherstellen.

Planungs- und Gestaltungsansätze der Politik

Der ÖGB geht in seinem Positionspapier (siehe Kasten) noch weiter. Da viele klimapolitische Maßnahmen in der Vergangenheit nicht ausreichend auf ihre sozialen Wirkungen geprüft wurden, fordert er die Bundes- und Landesregierungen dazu auf, gemeinsam mit den Vertretungen der Arbeitnehmer:innen eine „Just Transition“-Strategie zu entwickeln. Nicht weniger als ein Mainstreaming des Konzepts ist das Ziel: Im Sinne eines Impact Assessments von klimapolitischen Maßnahmen sollen nicht nur die

Nicht zuletzt braucht es eine Form der sozialen Absicherung, die die Sicherheit gibt, zu jeder Zeit ein gutes Auskommen zu haben.



Florian Wukovitsch ist Referent für ökologische Ökonomie und Umweltpolitik der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh



Foto: ÖBB/ThomasKock

Klimapolitik aus Arbeitnehmer:innen-Perspektive

Just Transition: Positionspapier des ÖGB

Der ÖGB Bundesvorstand hatte bereits am 14. November 2019 die Einrichtung eines Prozesses zur Positionierung in Klima- und Energiefragen beschlossen.

Zur Erarbeitung der Positionen zu unterschiedlichen Aspekten der Transformation wurden thematische Arbeitsgruppen ins Leben gerufen. Den Vorsitz übernahmen jeweils einzelne Gewerkschaften, die AK war eng eingebunden. Nachdem der Ausbruch der Pandemie den Fortschritt etwas verlangsamte, konnte am 10. November 2021 schließlich per einstimmigem Beschluss das finale Dokument angenommen werden. Das Papier steht unter dem Motto „Change by Design, not by Disaster“, es geht also um eine aktive Begleitung und Gestaltung der Veränderungen, in der die Betroffenen und ihre Vertretungen eine zentrale Rolle spielen müssen. Angesprochen wird nicht nur die Klassendimension der Klimakrise, auch geschlechtsspezifische Aspekte sollen

nicht vernachlässigt werden. Um eine ungleiche Verteilung von Kosten und Gewinnen der Transformation sowie Verwerfungen zu vermeiden, werden konkrete Konzepte und Lösungen vorgeschlagen. Dabei geht es jedoch nicht darum, die Klima- und Energiepolitik umfassend neu zu konzipieren. Vielmehr gilt es, durch gute Vorschläge und konstruktive Einmischung sicherzustellen, dass die notwendigen Maßnahmen im Interesse der Beschäftigten gestaltet werden.

Das Papier folgt dem Motto „Change by Design, not by Disaster“, es geht also um die aktive Gestaltung der Veränderungen.

Eine Millionärssteuer ist ebenso das Gebot der Stunde wie eine Steuer auf die Übergewinne der Energie- und Erdölkonzerne.

Auswirkungen auf Arbeitsplätze oder Ansätze zur Bekämpfung negativer Folgen analysiert werden. „Just Transition“ soll auch in die Zielbestimmungen einschlägiger Gesetze, etwa das Umweltförderungsgesetz, aufgenommen werden. Die Strategie selbst soll eine Roadmap enthalten, wie das Ziel der österreichischen Bundesregierung, bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen, verwirklicht werden kann und welche flankierenden Maßnahmen es dafür braucht.

Auf einer operativen Ebene geht es dabei nicht zuletzt um die Gestaltung des Strukturwandels durch aktive Regional- und Industriepolitik. Offensichtlich ist, dass die Umstellung der Wirtschaft auf erneuerbare Energieträger viele Chancen bietet, diese aber im Sinne eines gerechten Wandels in der Region nur ausgeschöpft werden können, wenn sich die Politik mit den relevanten Stakeholdern strategisch darauf vorbereitet. Damit die österreichischen Industrieregionen auch in die Wertschöpfungsketten der Zukunft – wie Wasserstoffinfrastruktur oder Batteriezellenfertigung – eingebunden sind, müssen Strategien und Maßnahmen der Forschungs- und Technologiepolitik „missionsgetrieben“ ineinandergreifen und den Boden für eine erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels bereiten. Auf regionaler Ebene sind dafür neue Governance-Mechanismen zu schaffen, die die Entwicklung von Gesamtkonzepten sowie die Abstimmung unterschiedlicher Förderbereiche (u.a. „Just Transition Fonds“ der EU) und Politikfelder erleichtern.

Unterstützt werden könnte der gesamte Transformationsprozess von einer auf Fragen der „Just Transition“ spezialisierten Agentur auf Bundesebene, sei es als neue Einrichtung oder als Erweiterung bestehender Institutionen wie des Klima- und Energiefonds. Sie würde bei der Erstellung der nationalen Strategie beratend zur Seite stehen und die Umsetzung mit regelmäßigen Berichten begleiten. Auch hier müssten die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer:innen an prominenter Stelle eingebunden werden, der ÖGB schlägt ein sozialpartnerschaftlich besetztes Steuerungsgremium vor.

Ansätze der Unternehmen

Je klarer der politische Rahmen definiert ist, desto leichter fällt es auch den Unternehmen, sich auf die notwendige Transformation einzustellen und ihre Chancen für gute Beschäftigung zu nutzen. Um den Wandel auch auf betrieblicher Ebene strategisch zu begleiten, fordert der ÖGB daher, auch im Betrieb Dekarbonisierungsroadmaps als mittel- bis längerfristiges Planungsinstrument zu verankern. Die Betriebsräte müssten von Anfang an eng in den Erstellungsprozess einbezogen werden. Dabei soll möglichst detailliert gearbeitet werden, welchen Herausforderungen man im Zuge der Transformation wahrscheinlich begegnen wird und mit welchen Maßnahmen diese bestmöglich abgedeckt oder bewältigt werden können. Werden die Roadmaps regelmäßig evaluiert und aktualisiert, könnten sie nicht nur dem Management und den Beschäftigten frühzeitig Orientierung geben, etwa in Bezug auf Investitions- oder Qualifizierungsbedarfe. Auch Fördergeber müssten die Mittelvergabe zukünftig daran knüpfen.

Natürlich stellt sich abschließend die Frage, wer das alles bezahlen soll, nicht zuletzt die vielen Ansprüche an den öffentlichen Sektor. Aber auch wenn das paradox klingt: Geld ist mehr als genug da. Dem jüngst erschienenen Allianz Global Wealth Report 2022 zufolge wuchs das globale Finanzvermögen 2021 zum dritten Mal in Folge zweistellig. Eine Millionärssteuer ist ebenso das Gebot der Stunde wie eine Steuer auf die Übergewinne der Energie- und Erdölkonzerne, die aufgrund der aktuellen Teuerungen einen unverdienten Geldregen auf Kosten der Allgemeinheit genießen. Beides würde mehrere Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen. Und in jedem Fall gilt: Handeln ist teuer, aber die Kosten des Nichtstuns sind unleistbar. □



1.141 Euro

Die aktuelle Mindestpension liegt bei 1.141 Euro netto 12 Mal im Jahr - und damit weit unter der Armutsschwelle von 1.371 Euro. Icon: Chattapat

Die Forderungen der AK

Wir brauchen mehr Planung, weil der Markt es nicht kann!

Für viele langfristige Probleme liefert der Markt keine Lösung. Die Effizienz des Marktes ist ein Märchen, das sich hartnäckig hält. Wenn es um dauerhafte Lösungen politischer Herausforderungen und um ein gutes Leben für alle geht, ist Planung nötig. Sie muss die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigen, vor allem derer, deren Stimme oft ungehört bleibt. Und sie muss grundlegende politische Ziele berücksichtigen, allen voran die Sicherung einer guten Arbeit für alle und eine gerechte Verteilung des Wohlstands.

Die Bedürfnisse der Beschäftigten beim nötigen Umbau der Wirtschaft müssen berücksichtigt werden: Es braucht also eine Strategie der „Just Transition“, neue Steuerungsmechanismen der Umsetzung und eine Verankerung des Konzepts auf allen Ebenen. Die Unternehmen müssen Pläne zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen gemeinsam mit den Betriebsräten erarbeiten.

Bei Treibhausgasen muss dringend das Ruder herumgerissen werden. Zu lange wurden bloß Ziele festgelegt, aber kaum handfeste Projekte zur Emissionsminderung beschlossen. Der Nationale Energie- und Klimaplan (NEKP) muss überarbeitet werden; er muss konkrete gesetzliche Maßnahmen ent-

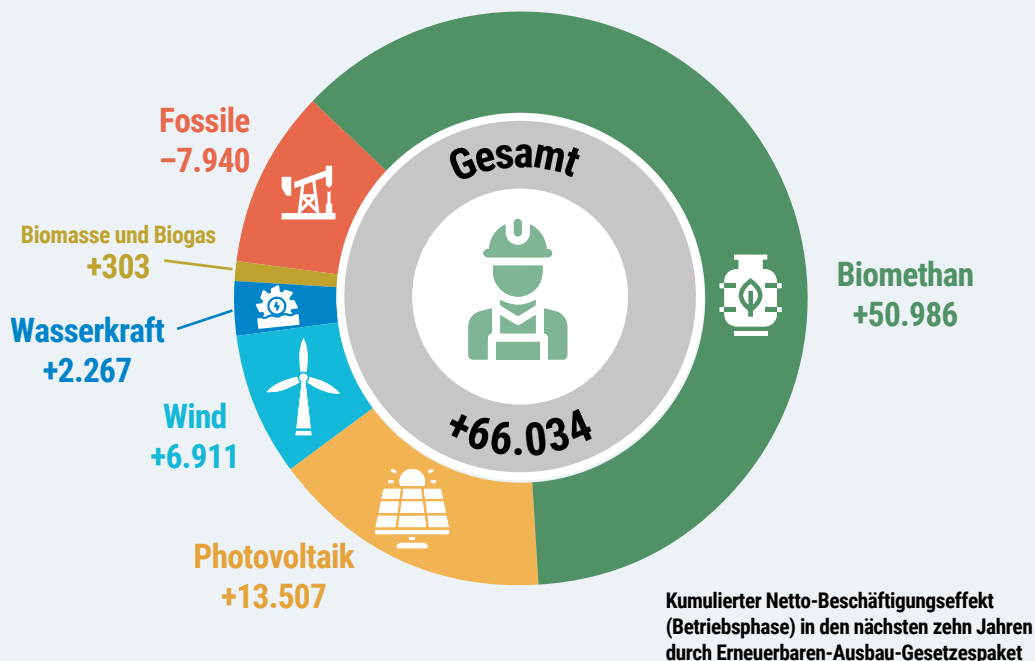
halten, damit Österreich auf einen Pfad der Zielerreichung einschwenkt.

In der Raumplanung müssen umwelt-, klima- und mobilitätspolitische Fragen ins Zentrum gestellt werden. Nur so kann die Verfügbarkeit von Wohnraum und Gewerbeflächen gesichert und gleichzeitig der Bodenverbrauch reduziert werden. Ein wichtiger, notwendiger Schritt dafür ist eine Rahmenkompetenz des Bundes in der Raumplanung.

Zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist „Planungskoordination“ nötig. Das heißt, sie sind verpflichtet, sich bei der Planung (von Wohngebieten, Straßen, Eisenbahnen, Stromleitungen, Windparks, ...) abzustimmen und einander einzubeziehen und die Pläne der anderen Gebietskörperschaften zu berücksichtigen.

Der Sozialstaat muss gestärkt und ausgebaut werden. Auch hier stellt sich die Verteilungsfrage. Denn die Kranken- und Pensionsversicherung den Privaten zu überlassen, führt vor allem dazu, dass dort die Profite steigen. Damit alle etwas von einem leistungsfähigen Sozialstaat haben, sind eine krisenfeste Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie langfristige Planung und Strategieentwicklung notwendig. □

Beschäftigungseffekte der Energiewende



Kurzgefasst

In Sigmundsherberg im Waldviertel entsteht das erste Klimaschutz-Ausbildungszentrum Europas. In Zeiten von Klimakrise, Ukrainekrieg und Ausbau von Erneuerbaren Energien werden Fachkräfte für die Energiewende immer bedeutender. In den nächsten 10 Jahren wird es in diesen Bereichen einen Arbeitskräftebedarf von plus 66.000 Mitarbeiter:innen geben. Ein Teil davon wird künftig vom AMS und dem bfi Niederösterreich im Waldviertel ausgebildet.

Innovatives Ausbildungsprojekt für den Klimaschutz

Um den zusätzlichen Fachkräftebedarf für die Energiewende in Zukunft decken zu können, wurde in Sigmundsherberg im Waldviertel mit dem Bau des europaweit ersten Klimaschutz-Ausbildungszentrums begonnen. Ins Leben gerufen wurde das Projekt vom AMS Niederösterreich in Kooperation mit dem bfi NÖ. VON SVEN HERGOVICH

Das Klimaschutz-Ausbildungszentrum soll zum Ausbildungs-Vorreiter in den Bereichen erneuerbare Energie, umweltbezogener Gebäudetechnik und moderner, energieeffizienter Haustechnologie werden.

Die Klimakrise, das Programm des Klimaschutzministeriums zum Ausbau der erneuerbaren Energie und letztendlich der Krieg in der Ukraine haben mehr als deutlich gemacht, dass es höchst an der Zeit ist, in die Ausbildung von Arbeitskräften zu investieren, die im Bereich der Energiewende tätig sein werden. Derzeit sind in Österreich 30.000 Personen im Bereich erneuerbarer Energie beschäftigt. Wenn der erneuerbaren Energien Ausbauplan umgesetzt wird, werden netto 66.000 zusätzliche, dauerhafte Arbeitsplätze entstehen, wobei mehr als die Hälfte der zusätzlichen Arbeitsplätze eine technische Ausbildung erfordern werden.

Stellenangebote steigen sprunghaft an

Die Stellenmeldungen beim AMS NÖ für Kälteanlagenentechniker:innen und Elektroenergieentechniker:innen haben sich im Vergleich zum Vorkrisenniveau von August 2019 mehr als verdoppelt. Das AMS geht davon aus, dass dieser Trend anhalten und sich weiter verschärfen wird, wenn Österreich die Energieversorgung auf erneuerbare Quellen umstellt. Gesucht werden Hilfs- und Fachkräfte aus dem Bereichen Elektronik, Elektrotechnik, Elektroinstallationen, Elektroanlagenbau oder Maschinenbau. Diese Umstellung auf klimafitte Energiegewinnung wird neue Arbeitsplätze schaffen und positive Impulse auf viele Wirtschaftsbereiche und die Volkswirtschaft mit sich bringen. 1975 hat die damalige Arbeitsmarktverwaltung (jetzt AMS) in Sigmundsherberg (Bezirk Horn)

ein Ausbildungszentrum in den Bereichen Metall und Elektro für Jobsuchende errichtet. Seither haben hier tausende AMS-Kund:innen ihren Lehrabschluss absolviert oder zusätzliche Kompetenzen in der Metallbearbeitung wie CNC- oder Schweiß-Technik erworben.

Nun wird an diesem Standort das erste Klimaschutz-Ausbildungszentrum in Europa errichtet. Die Investitionskosten betragen 6,4 Millionen Euro und werden vom AMS Niederösterreich getragen. Beauftragt mit der Umsetzung des Vorhabens ist der bisherige Betreiber des BBZ – das bfi NÖ. Mitte September erfolgte der Spatenstich, die Fertigstellung ist für Herbst 2023 geplant. Die Bauweise erfolgt nach modernsten ökologischen Standards. Dabei entstehen 250 Ausbildungsplätze rund um das Thema Klimaschutz und Energiewirtschaft. Bei Vollaustattung erwartet das AMS bis zu 400 Personen pro Jahr, die einen Lehrabschluss in den Bereichen Metall, Elektro, Gas- und Sanitärtechnik sowie Lüftungstechnik oder Schwerpunktausbildungen in der Photovoltaik, Elektromobilität, Befestigungs- und Gebäudetechnik absolvieren.

Top-Ausbildung bringt gute Jobchancen

Das neue Angebot in Sigmundsherberg wird sich vor allem an Jobsuchende in Niederösterreich richten, die keine abgeschlossene Ausbildung haben oder mit ihren aktuellen Kenntnissen nur schwer am Arbeitsmarkt unterkommen. Ganz besonders wird das AMS Frauen und junge Mädchen ansprechen. So soll mindestens die Hälfte der Teilnehmenden weiblich sind. In den AMS-Berufs-Info-Zentren werden Mädchen über die Klima- und Energieberufe gezielt informiert und es wird ihnen die Möglichkeit gegeben, ihren handwerklich-technischen Talenten auf den Grund zu gehen und die Freude an entsprechenden Berufen zu entdecken.

Ein besonderer Höhepunkt ist der sogenannte „Klima-Infopoint“, ein spezieller Schauraum, in dem Hersteller die Möglichkeit haben, die neu-

esten Technologien für Schulungen zur Verfügung zu stellen. Damit sind die Ausbildungen stets am aktuellen Stand der Technik. Dieser „Klima-Info-point“ steht Unternehmen, Schulen und Privatpersonen offen und wird für Exkursionen, Veranstaltungen, Vorträge, etc. zur Verfügung stehen.

Das AMS wird aber auch österreichweit mit Unternehmen kooperieren, die ihre Beschäftigten ausbilden möchten und das aus verschiedenen Gründen innerbetrieblich nicht stemmen können. Die Qualität der Ausbildung in Sigmundsherberg ist sehr hochwertig: Die Mehrheit der Absolvent:innen hat bereits jetzt zu Ausbildungsende einen festen Arbeitsplatz.

Standort Sigmundsherberg: „Think global, act local!“

Der Standort Sigmundsherberg wurde bei der Planung des Vorhabens bewusst ausgewählt, denn wenn der Wirtschaftsstandort Niederösterreich gestärkt werden soll, müssen gezielt Innovationen in den ländlichen Regionen gesetzt werden. Darüber hinaus ist Sigmundsherberg an das öffentliche Bahnnetz gut angeschlossen.

Um die Ausbildung für die Auszubildenden attraktiv zu gestalten, werden nicht nur die Reisekosten mit der Bahn vom AMS übernommen, sondern es wird auch ein eigenes Seminarhotel errichtet, in dem die Auszubildenden kostenlos wohnen können. Außerdem wird eine kostenlose Kinderbetreuung und eine kostenlose Verpflegung mit regionalen und biologischen Mahlzeiten angeboten und durch das AMS Niederösterreich finanziert. Um den Innovationscharakter des Projektes weiter zu unterstreichen werden alle Ausbildungen in einer 4 Tage Woche angeboten.

Bei Vollaustattung werden pro Jahr 400 Absolvent:innen eine Ausbildung im Klimaschutz-Ausbildungszentrum absolvieren.

Zur Meisterung der komplexen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Energiewende wird eine Vielzahl an weiteren politischen Maßnahmen und auch weiteren Klimaschutzausbildungszentren notwendig sein. Darüber hinaus müsste es bundesweite Anstrengungen (wie z.B. die Umweltstiftung) geben, um Menschen hinsichtlich Fachkräfteausbildung im Zuge von Berufsausbildungen bzw. Fach- und Hochschulabschlüssen für diese zukunftsträchtigen Bereichen zu motivieren. Und auch Unternehmen sollten verstärkt ihren Mitarbeiter:innen Möglichkeiten zur Weiterbildung in nachhaltigen Technologien ermöglichen. □



Sven Hergovich ist Ökonom und Landesgeschäftsführer des Arbeitsmarktservice Niederösterreich

Foto: Hergovich / privat



66.000

Wird der Ausbauplan für erneuerbare Energien wie geplant umgesetzt, werden netto 66.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Icon: Freepic

Rezepte, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden

Jeden Tag wird in Wien so viel Brot weggeworfen, wie in Graz verbraucht wird“ – wurde 2004 im Film „We feed the world“ von Erwin Wagenhofer aufgedeckt. Die Betroffenheit war groß. Seither hat sich einiges getan, um Lebensmittel vor dem Müll zu retten. Aber, es gibt immer noch viel zu tun. VON IRIS STRUTZMANN

Laut Berichten der Vereinten Nationen gehen jährlich etwa 14 Prozent der weltweit produzierten Lebensmittel nach der Ernte verloren. Schätzungsweise 17 Prozent werden im Einzelhandel und bei den Konsument:innen verschwendet. Diese Lebensmittelverluste sind für 8 bis 10 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Wer Lebensmittelabfälle vermeidet, leistet aktiv einen Beitrag zum Klimaschutz da Ressourcen gespart werden.

Damit trägt auch Lebensmittelverschwendung zu immer wärmeren Temperaturen und extremen Wetterereignissen wie Dürren und Überschwemmungen bei. Um auf das weltweite Problem der Lebensmittelverluste aufmerksam zu machen, erklärten die Vereinten Nationen vor ein paar Jahren den 29. September zum „Internationalen Tag gegen Lebensmittelverschwendung“.

Bereits 2015 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDG) darauf, die weltweite Pro-Kopf-Verschwendung von Lebensmitteln im Einzelhandel und bei den Konsument:innen zu halbieren und die Lebensmittelverluste entlang der Produktions- und Lieferketten zu verringern.

In Österreich landen jährlich über 1,2 Millionen Tonnen an vermeidbaren Lebensmittelabfällen und Speiseresten im Restmüll oder in der Biotonne, wie aktuelle EU-Daten zeigen.

Ende Oktober 2022 wurde erstmalig vom Europäischen Statistischen Zentralamt Daten zur europäischen Lebensmittelverschwendung veröffentlicht. Demzufolge wanderten im Jahr 2020 in den 27 EU-Staaten geschätzte 157 Mio. Tonnen Lebensmittel in den Müll. Im Durchschnitt verschwendet somit jede:r EU-Bürger:in 127 kg Le-

bensmittel im Jahr, jede:r Österreicher:in gar 136 kg. Dabei entfallen EU-weit etwa 55 Prozent auf die Haushalte, 18 Prozent auf die Verarbeitung und das verarbeitende Gewerbe, 11 Prozent auf die Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Verarbeitung, 9 Prozent auf Restaurants und Gastronomie und 7 Prozent auf den Einzelhandel und sonstigen Vertrieb mit Lebensmitteln.

Bereits viele großartige Initiativen

Werden Lebensmittel weggeworfen, gehen auch alle Ressourcen verloren, die für die Produktion, den Transport, die Verarbeitung und Vermarktung eingesetzt wurden. Zugleich hat Lebensmittelverschwendung auch eine soziale Dimension. Viele der Initiativen die Lebensmittel retten, verteilen diese an Menschen, die von Armut betroffen sind. Die Corona-Pandemie und die aktuellen Teuerungen haben die Situation für viele Menschen noch verschärft. Insbesondere Sozialmärkte oder die Lebensmittel-Tafeln bekommen dies tagtäglich zu spüren, da immer mehr armutsgefährdete Menschen bei ihnen anklopfen. Gleichzeitig werden auch immer mehr Lebensmittel gerettet und verteilt. So konnte die „Wiener Tafel“ im Vergleich zu 2020 um 30 Prozent mehr Lebensmittel, insgesamt 746.100 kg, retten und weiterverteilen. Seit ein paar Jahren verkocht die „Wiener Tafel“ auch gerettete Lebensmittel. So wurde beim diesjähri-



Iris Strutzmann ist Agrarwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.

Foto: privat

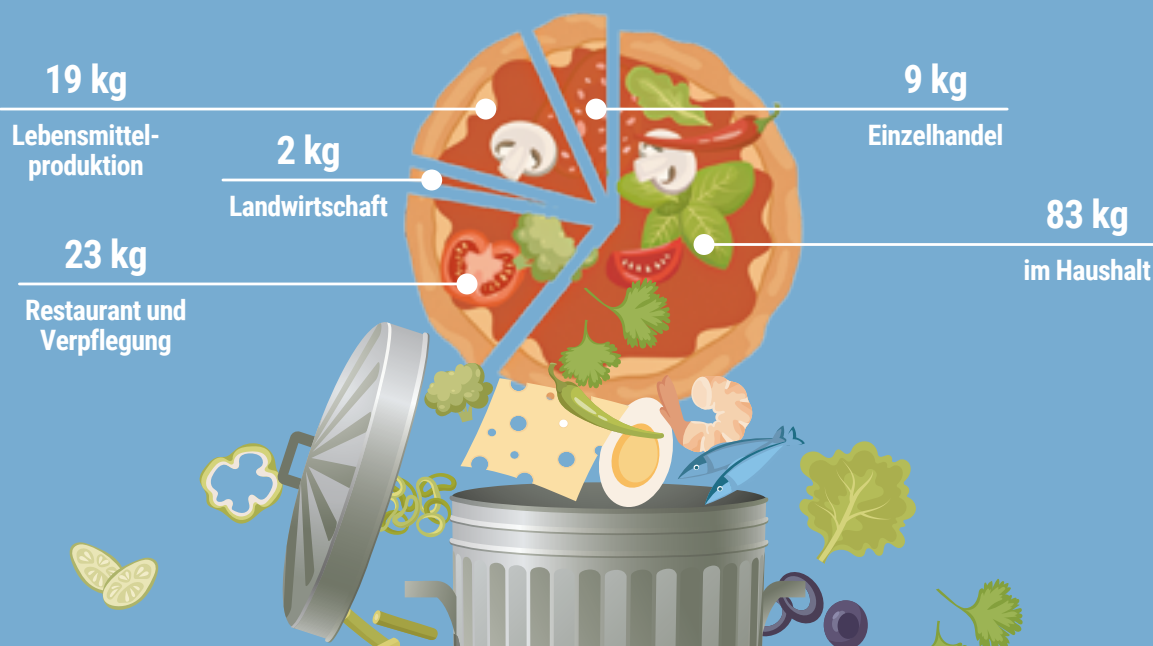


6.197

Heimische Betriebe reduzieren food waste mit too good to go <https://toogoodtogo.at/de-at/>

Lebensmittelverschwendung in Österreich

Quelle: Eurostat 2022



Angaben für 2020 in Kilogramm pro Kopf und Jahr, Lebensmittelabfälle inkl. Bioabfall und Haushaltsabfall (gesamt 136 kg)

gen Weltspartag Bio-Weichselsaft aus geretteten Weichseln verschenkt. Die Brotpilot:innen in Wien retten in Zusammenarbeit mit Bäckereien täglich etliche Kilo Brot und bieten diese auf Wiener Märkten an. Die Grazer Plattform „Foodsharing“ bietet die Möglichkeit noch genießbare überschüssige Lebensmittel abzugeben bzw. abzuholen. Ihr Adressat ist der Haushalt. Sogenannte „Foodsaver“ kümmern sich um die Abholung und Weitergabe von Lebensmittelüberschüssen aus Kooperationsbetrieben in Handel und Gastronomie. Was vielen dieser Initiativen gemein ist: Arbeit auf ehrenamtlicher Basis und finanzielle Abhängigkeit von Spenden.

Die Plattform „United Against Waste“ möchte die Lebensmittelabfälle in Küchenbetrieben bis 2030 um die Hälfte reduzieren. Dabei arbeiten sowohl Bund, Länder, Wissenschaft und NGOs gemeinsam an diesem Ziel. Mit der TooGoodToGo App werden Speisen von Supermärkten, Hotellerie und Gastronomie zum Drittel des Preises verkauft. Und das Unternehmen „Unverschwendet“ verkocht Obst und Gemüse von Feldern oder Obstbäumen, die es nicht in den Handel schaffen.

Tipps für den eigenen Kühlschrank

Mehr als die Hälfte der Lebensmittel wird von privaten Haushalten weggeworfen. Die Gründe dafür

sind mehrschichtig. Oft wird zuviel eingekauft und Lebensmittel dann nicht rechtzeitig gegessen oder verkocht. Manches wird falsch gelagert und verschimmelt daher. Oft reicht aber bereits ein Blick auf das Mindesthaltbarkeitsdatum, dass Lebensmittel nicht mehr verarbeitet oder gegessen werden und stattdessen im Müll landen. Was viele nicht wissen: Das Mindesthaltbarkeitsdatum gibt nur den Zeitpunkt an, bis zu dem der Hersteller bei richtiger Lagerung und geschlossener Verpackung spezifische Eigenschaften des Produktes garantiert. Daher sind viele Lebensmittel auch nach dem „Ablaufdatum“ noch genießbar. So ist Brot, Kleingebäck oder Milch zumindest zwei Tage länger haltbar oder Hartkäse bis zu 3 Wochen. Am besten riechen und kosten, bevor Lebensmittel weggeworfen werden.

Bewusst einkaufen ist der erste Schritt, um Lebensmittel Müll zu vermeiden. Gute Planung und Einkaufslisten schreiben hilft dabei. Im Internet finden sich mittlerweile auch viele Rezepte, um Essensreste zu verwerten oder etwas hart gewordenes Brot doch noch zu verwenden. Und vieles ist zum Einfrieren geeignet. Zukünftig werden viele bei all den Teuerungen wohl etwas umsichtiger einzukaufen. □

Lebensmittel mit abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum sind nicht unbedingt verdorben, sondern oft noch genießbar.

Kurzgefasst

Weltweit wird rund ein Drittel der hergestellten Lebensmittel weggeworfen. Österreich trägt seinen Teil dazu bei – über 1,2 Millionen Tonnen landen im Müll. Lebensmittelverluste und -abfälle zu verringern, trägt zu einem schonenden Umgang mit Ressourcen bei. Es rettet Lebensmittel und ist gut für das Klima.

Wohlstand in Gefahr

Der Wohlstand ist in Österreich hoch: Unser Wohlstandsmodell führt zu wirtschaftlicher Stabilität, hoher Arbeitsproduktivität und hohem Einkommen bei gleichzeitig hoher Lebenszufriedenheit. Doch auch die Ungleichheit ist zu hoch und wir sind meilenweit von der Erreichung der Klimaziele entfernt. VON MARKUS MARTERBAUER

Kurzgefasst

Der AK-Wohlstandsbericht 2022 belegt hohen Wohlstand, dieser droht allerdings zu sinken. Covid- und Teuerungskrise befeuern die soziale Ungleichheit und ein Verfehlen der Klimaziele zeichnet sich ab. Aktive Beschäftigungspolitik und Maßnahmen gegen überhöhte Energiepreise, ein rascher Ausbau von sozialen Diensten und öffentlichem Verkehr sowie progressive Steuern auf Vermögen sind ein Gebot der Stunde.

Derzeit führt die Preisexplosion für Energie bereits so knapp nach der Covid-19-Krise zu merklichen Wohlstandsverlusten und letztendlich wahrscheinlich auch zu einer Rezession. Die Menschen des unteren Einkommensdrittels haben kaum finanzielle Reserven und drohen deshalb in die Armut abzurutschen. Noch hält der Arbeitsmarkt; auch dank weniger stark steigenden Arbeitskräfteangebots und des von den Unternehmen empfundenen Mangels an Arbeitskräften.

Verteilungskonflikte gewinnen in dieser Situation an Intensität. Denn während es auf der einen Seite viele Verlierer:innen gibt, gibt es auf der anderen Seite auch viele Gewinner:innen der Krise. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, Ungleichheit zu verringern und die langfristigen gesellschaftlichen Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren. Das bedarf einer aktiven, nicht abwartenden, einer gerechten, nicht von mächtigen Lobbys abhängigen, einer vorausschauenden, nicht kurzfristigen Politik, um das Wohlergehen der arbeitenden Bevölkerung und der Armen zu schützen und zu erhöhen.

Der AK-Wohlstandsbericht 2022 zeigt merkliche Rückschritte im Wohlergehen und damit enorme Handlungserfordernisse für Politik und Gesellschaft. Besonders starke Verschlechterungen gegenüber dem Vorjahr gibt es in Bezug auf die Verteilung des Wohlstands und die ökonomische Stabilität. Das Ziel der Vollbeschäftigung und guten Arbeit profitiert noch von der günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes nach der Covid-Krise, doch der Ausblick trübt sich merklich ein, wie auch beim Ziel der Verringerung von Armut. Beim Ziel intakter Umwelt bleibt das

große Manko das absehbare deutliche Verfehlen der internationalen Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen.

Für eine wieder positive nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen gilt es die Energie- und Inflationskrise zu bekämpfen, den sozial-ökologischen Umbau zu beschleunigen und die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit zu verringern.

Energie- und Inflationskrise bekämpfen

Wegen der hohen Inflation sinkt das real verfügbare Einkommen merklich und die Einkommensverteilung wird beeinträchtigt. Manche haben eine einfache Lösung: Die Europäische Zentralbank soll die Zinssätze so weit erhöhen, bis die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen einbricht und die Inflationsrate deshalb zurückgeht. Sie nehmen bewusst eine tiefe Rezession mit steigender Arbeitslosigkeit in Kauf. Das würde den Wohlstandsverlust für die breite Masse der Bevölkerung noch einmal verschärfen. Eine vernünftige Politik der Preisstabilität und der sozialen Abfederung muss behutsam und gleichzeitig gezielt vorgehen. Zunächst gilt es, den Anstieg der Energiepreise zu bremsen und umzukehren. Gezielte Preiskontrollen, eine Neufassung der Regulierung der Energiemärkte und Eingriffe der Wettbewerbspolitik sind die richtigen Ansatzpunkte, die um eine Steuer auf Übergewinne von Energiekonzernen zu ergänzen sind. Administrierte Preise sollen jetzt maximal um 2 Prozent angehoben werden. Das gilt auch für die Kategorie- und Richtwertmieten.

Die Bundesregierung hat die Folgen der Inflation für die Haushalte mit vielen Einmalzahlungen auszugleichen versucht. Das ist hilfreich. Viele Zahlungen kommen allerdings sehr spät und vor allem lösen

Der private und öffentliche Investitionsbedarf für die grüne und digitale Transformation beträgt in der EU mehr als 4 Prozent des BIP pro Jahr. Das ist viel, aber bewältigbar. Geld ist genug da.



Foto: EML/AK Wien

Steigende Preise für Lebensmittel, Energie, Wärme und Alltagsgüter sind für immer mehr Menschen untragbar.

sie die Armutsgefährdung nicht nachhaltig. Ein armutsfester Sozialstaat muss Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Sozialhilfe und Mindestsicherung, Mindestpension und Unterhaltsvorschuss auf das Niveau der Armutsgefährdungsgrenze anheben. Für die Beschäftigten ist der kollektivvertragliche Lohnabschluss die entscheidende Absicherung gegen den Verlust von Kaufkraft. Den Lohn- und Gehaltsverhandlungen kommt deshalb in dieser Situation ganz besondere Bedeutung zu.

Sozial-ökologischen Umbau beschleunigen

Der Energiepreisschock macht die langjährigen Versäumnisse in der Energiepolitik mit einem Schlag sichtbar. Die starke Abhängigkeit von fossilen Energieformen führt zu einem markanten Wohlstandsverlust. Ein Bemühen um niedrigere Energiepreise und ein umfassender Ausgleich der Wohlstandsverluste für Armutsgefährdete wie für die arbeitende Bevölkerung steht nicht in Widerspruch zum Umbau des Energiesystems. Im Gegenteil,

der Ausbau erneuerbarer Energieformen muss beschleunigt werden, unterstützt durch Investitionen, Regulierung und Anreize. Gemeinden, Städte und alle öffentlichen Institutionen müssen unmittelbar einen konkreten Plan für die Umstellung der eigenen Energiesysteme umsetzen.

Gleichzeitig gilt es, die Energieeffizienz rasch zu erhöhen. Auch hier sind umfangreiche Investitionen notwendig: Etwa in die thermische Sanierung von Gebäuden oder den forcierten Austausch vor fossilen Heizsystemen. Einen großen Beitrag kann auch der Umbau des Mobilitätssystems leisten. Das öffentliche Verkehrsangebot muss flächendeckend, leistbar und attraktiv sein. Der größte Fortschritt wäre auf regionaler Ebene durch bessere Busverbindungen und innovative Mikro-ÖV-Verbindungen erreichbar. In den Städten gilt es neben dem öffentlichen Verkehr das Radwegenetz und die Infrastruktur für Fußgänger:innen auszubauen. Das wird auch auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs gehen.



Markus Marterbauer ist Chefökonom der Arbeiterkammer Wien.

Foto: Lukas Beck



Download unter:



Platz 6

im Vergleich zum Vor-Covid-Krisen-Niveau liegt das real verfügbare Einkommen der Österreicher nun hinter Deutschland auf Platz 6. 2020 belegte man noch Platz 2.

Ein besserer Sozialstaat für alle

Wirtschaftliche Krisen drohen rasch zu sozialen Krisen zu werden, in denen sich Armut und Ungleichheit ausbreiten. Dies zu verhindern ist ▷

In einer Gesellschaft, in der es Milliardär:innen gibt, darf es keine Armut geben.



Foto: EML/AK Wien



Diesen Herbst erschien das von Markus Marterbauer mit Martin Schürz verfasste Buch „Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht.“ Marterbauer und Schürz gehen der Frage auf den Grund, wie sich die wirtschaftlichen Folgen von Pandemie und Ukraine-Krieg bezahlen lassen. Das Buch ist ein Plädoyer für einen besseren Sozialstaat. Erhältlich ist das Werk als Buch oder als e-Book im Zsolnay Verlag.

eine der wichtigsten Aufgaben des Solidarsystems. Der österreichische Sozialstaat gehört zu den besten der Welt und erlebt in den Krisen Sternstunden. Dennoch wird gerade auch in der Krise der eklatante Verbesserungsbedarf offensichtlich.

Für die Verhinderung der Ursachen von Armut sind vor allem Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt und bei den sozialen Diensten notwendig. Der gleichberechtigte und offene Zugang zu den sozialen Diensten ist eines der dafür wichtigsten Instrumente. Aber auch die sozialen Dienste selbst müssen an die Herausforderungen angepasst werden, die Wohlstands-Indikatoren zur Lebensqualität zeigen erheblichen Verbesserungsbedarf.

Im Bildungssystem gilt es, für Chancengleichheit zu sorgen, indem Kindergärten und Schulen mit besonderen Herausforderungen auch besonders gefördert werden und die Tagesbetreuung rasch ausgebaut wird. Das Vermeiden von Niedrigqualifikationen und die laufende Weiterbildung sind besonders wichtig.

Die Zahl der gesunden Lebensjahre unterscheidet sich zwischen sozialen Gruppen beträchtlich.

Armut, prekäre Arbeit und soziale Ausgrenzung kosten Lebenszeit. Der Ausbau der Gesundheitsvorsorge ist dringend. Fast 6 Prozent der Bevölkerung leiden an Überlastung durch Wohnkosten. Für leistbares Wohnen ist der Ausbau des sozialen und geförderten Wohnbaus ebenso wichtig, wie eine Schärfung der Mietenregulierung, das Ende der Befristungen.

Die Leistungen der sozialen Pflege müssen rasch ausgebaut werden, um zu verhindern, dass im Alter und bei Pflegebedürftigkeit die Unterschiede zwischen Arm und Reich neuerlich schlagend werden. Alle haben ein Recht auf gute Pflegeleistungen.

Eine Verringerung der Ungleichheit muss bei besseren Mindeststandards ansetzen, kann sich aber nicht darauf beschränken. Denn die hohe Konzen-



Fast 6 Prozent

der Bevölkerung Österreichs leidet an Überlastung durch Wohnkosten.

Icon: Mayor Icons

tration des Vermögens beinhaltet unzählige Gefahren. Von klimaschädlichem Luxuskonsum etwa in Form von Privatjets über die Beeinträchtigung der Finanzierbarkeit des Sozialsystems bis zu Gefahren für die Demokratie durch den übergroßen Einfluss der Milliardär:innen. Progressive Steuern auf Vermögensbestände, Erbschaften und Vermögenserträge sind unverzichtbar.

Bessere Arbeitsbedingungen

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nach dem tiefen Einbruch in der Covid-Krise rasch wieder entspannt. Doch die für Haushalte und Unternehmen dramatisch steigenden Energiekosten drohen nun eine Rezession und damit eine starke Dämpfung der Nachfrage nach Arbeitskräften auszulösen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit könnte ein jähes Ende haben.

Gleichzeitig haben sich verschiedene Indikatoren verschlechtert, die die Qualität der Arbeit messen. Die Beschäftigten klagen über verstärkten Arbeitsdruck, viele leiden unter zu langen Arbeitszeiten. Die ungünstigeren Arbeitsbedingungen stehen in Kontrast zum allgemein behaupteten Mangel an Arbeitskräften. Wenn Arbeitskräfte knapp sind, dann muss sich das in höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und höheren Investitionen in die Arbeitskräfte niederschlagen. Wenn Firmen um Arbeitskräfte konkurrieren, dann müssen sich jene durchsetzen, die die günstigeren Bedingungen

bieten. Das beschleunigt den Strukturwandel und erhöht den Wohlstand.

Ein nicht gedeckter Bedarf an Arbeitskräften muss auch den Ausgangspunkt für eine stärkere Orientierung an den Arbeitszeitwünschen der Menschen bilden. (Über-)lange Arbeitszeiten für Vollzeitbeschäftigte beeinträchtigen die Gesundheit und schränken das Wohlergehen merklich ein. Arbeitszeitgesetze müssen strenger kontrolliert werden, die Anreize für Überstunden sollen verringert werden. Eine Vier-Tage-Woche erhöht das Wohlbefinden, ermöglicht Eltern mehr Zeit für Kinder, verringert die Pendelzeiten und kann helfen, die Emissionen zu reduzieren. Eine Verringerung der Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten ermöglicht auch eine bessere Verteilung der unbezahlten Arbeit und damit eine Ausweitung der Arbeitszeit für Teilzeitbeschäftigte. Arbeitszeitverkürzung ist eines der wichtigen Instrumente für mehr Freiheit in der Arbeitsgesellschaft und für die Bewältigung der Klimakrise, weil sie dazu beitragen, Schadstoffausstoß, Ressourcenverbrauch sowie das klimaschädliche Wachstum von Konsum und Produktion zu beschränken und dabei Beschäftigung und Wohlstand zu sichern. □

Arbeitskräfteknappheit kann ein Motor für die Verbesserung der Chancen jener Menschen sein, die es bislang nicht so leicht hatten.

<https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/betriebswirtschaft/AK-Wohlstandsbericht-2022.pdf>

Was braucht ein sozial gerechter Arbeitsmarkt?

Viele Frauen wollen ihre Arbeitsstunden erhöhen, um höhere Einkommen und eine eigenständige soziale Absicherung zu erlangen. Viele Ältere wollen aus guter Beschäftigung und nicht aus Arbeitslosigkeit in Pension gehen. Viele Junge wollen nicht prekäre, sondern dauerhafte Beschäftigung mit adäquaten Arbeitszeiten. Viele zu niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen in wenig produktiven Jobs beschäftigte Menschen haben ein Recht auf gute Jobs. Arbeitsmarktpolitik kann das unterstützen, etwa indem auf die Qualität der vermittelten Stellen besonderes Augenmerk gelegt wird. Arbeitslose

dürfen nicht auf mies bezahlte, schlechte Jobs vermittelt werden. Vermittelte Stellen sollen einen Mindestlohn aufweisen, von dem man auch leben kann, schlechte Arbeitgeber:innen, die laufend mit dem Arbeitsinspektorat in Konflikt geraten, gesperrt werden.

Um die grassierende soziale Ungleichheit und die Klimakrise erfolgreich zu bekämpfen braucht es eine emanzipatorische Wirtschaftspolitik.

Wer besitzt eigentlich Öffi-Jahreskarten in Wien?

Wien ist bekannt für seinen guten Öffentlichen Verkehr und dessen preiswerte Tarife. Der Modal Split* der Wiener:innen bei der Nutzung von Öffis ist beachtlich hoch, stagniert aber seit Jahren. Folgende Untersuchung sollte Wege aufzeigen, wie man den Öffi-Anteil weiter steigern kann. VON HEINZ HÖGELSBERGER



M. Juschten, M. Hinteregger, R. Hössinger
Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Wien und Umgebung – Evaluierungsbericht
 (Verkehr und Infrastruktur Nr. 69, AK Wien 2022)

Download unter:



Die Jahreskarte der Wiener Linien um 365 bzw. 396 Euro (bei monatlicher Abbuchung) ist ein Erfolgsprodukt. So erreichte die Zahl der Öffi-Jahreskarten im Vor-Corona-Jahr 2019 mit 852.000 einen neuen Rekordwert; sie übersteigt die Zahl der zugelassenen Pkw in Wien schon seit längerem. Die Erfahrung zeigt: Wer eine Jahreskarte besitzt, nutzt sie auch intensiv. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, damit sich Menschen die Karte kaufen? In einem gemeinsamen Projekt ließen die Wiener Linien und die AK Wien vom Institut für Verkehrswesen der Boku Wien untersuchen, wie diese Stammkund:innen „ticken“.

Um die Faktoren und Umstände zum Kauf einer Jahreskarte zu erkennen, wurden die Wohngebiete der Jahreskartenbesitzer:innen mit anderen verfügbaren sozioökonomischen Daten (z.B. Altersstruktur, Bildung, Einkommen, Haushaltsgröße usw.) in Beziehung gesetzt; alles unter strenger Wahrung des Datenschutzes. Der offensichtlichste Zusammenhang ist jener zwischen Jahreskartenbesitz und Qualität der Öffi-Anbindung der jeweiligen Wohnadresse. Das war vorhersehbar, daher sind Abweichungen von dieser Korrelation besonders interessant und informativ.

Wer sehr oft oder selten Jahreskarten kauft

So beobachtet die AK seit Jahren, dass die Anzahl ihrer aus Wien auspendelnden Mitglieder stärker wächst als jene der Einpendler:innen. Bekanntermaßen verlagern zahlreiche Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit von der Stadt in das Wiener Umland. Gründe dafür sind billige Grundstücke, großzügige Förderungen, ausreichend Platz für Erweiterungen und weniger Probleme mit Anrainer:innen. Altgediente

Beschäftigte sind häufig gezwungen, ihrem bisherigen Arbeitsplatz „hinterherzufahren“. Die Studie zeigt, dass Auspendler:innen seltener über Jahreskarten verfügen, als es durch ihre Wohnadresse zu erwarten wäre. Offenbar macht eine schlechte ÖV-Anbindung des neuen Arbeitsortes, bei gleichzeitig hoher Verfügbarkeit von Parkplätzen, die Jahreskarte unattraktiver.

Eine überraschende Erkenntnis ist, dass mit dem Bildungsniveau der Absatz von Jahreskarten ansteigt. Auch hier sind die Ursachen meist in der Art des Arbeitsplatzes zu finden. Die Jobs von Menschen mit geringerer formaler Bildung sind weniger gut mit Öffis erreichbar (Fachmarktzentren, Gewerbegebiete), was sowohl an der Lage als auch den Arbeitszeiten liegen kann. Dass Einpersonenhaushalten überdurchschnittlich häufig über Jahreskarten verfügen, hat seine Ursache wohl darin, dass man allein nur schwer die hohen Pkw-Kosten stemmen kann.

„Transdanubien“ ist anders

Die Forscher:innen der Boku haben auch Transdanubien – also den 21. und 22. Bezirk – als „Problemzone“ identifiziert. Dort besitzen weniger Bewohner:innen eine Jahreskarte, als es die Anbindung ihrer Wohnadressen erwarten lässt. Dafür



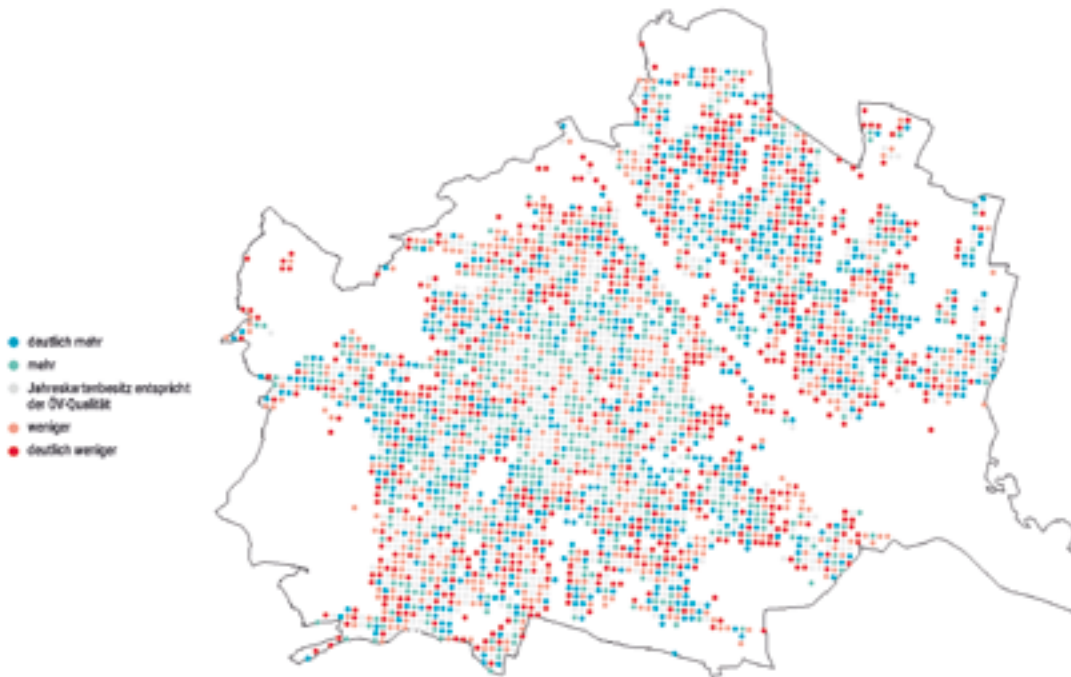
825.000

Im Jahr 2019 wurden 852.000 Jahreskarten der Wiener Linien gekauft. Im gleichen Jahr waren die Wiener:innen zu 38 Prozent mit den Öffis unterwegs. Icon: freepic, Radhe Icon

Es gibt in Wien mehr Jahreskartenbesitzer:innen als zugelassene Autos.

Jahreskartenbesitz in Wien – Abweichung zwischen Ist-Zustand und Prognose

Quelle: ÖIR/Statistik Austria, AK Wien



Die roten Zellen bedeuten, dass die Öffi-Qualität einen höheren Anteil an Jahreskartenbesitzer:innen vermuten lassen würde, als es tatsächlich der Fall ist. Bei den blauen Zellen ist der Jahreskartenbesitz größer, als es zu erwarten wäre. Dort wohnen also besonders ÖV-affine Personen.

gibt es gleich einen ganzen Strauß an Erklärungen: So herrscht die weit verbreitete Erzählung vor, dass man in diesen beiden Bezirken unbedingt ein Auto benötigt. Das trifft besonders bei Jungfamilien zu. Dies wird noch durch die große Anzahl an Parkplätzen unterstützt. Weiters sind die Verbindungen innerhalb bzw. zwischen Floridsdorf und Donaustadt nicht die besten; weder bezüglich Öffis, noch bei Radwegen. Viele „Alteingesessene“ wiederum sind so an den eigenen Pkw gewöhnt, dass auch eine neu errichtete U- oder Straßenbahnlinie ihre langjährigen Gewohnheiten nicht ändern kann. Hier ist also die Stadt Wien gefordert, einerseits durch gezielte und rasche Verbesserungen bei den Öffis (z.B. neue Straßenbahnlinien und Schnellbusse) und den Radwegen, als auch durch geeignete Marketingmaßnahmen den Umweltverbund zu stärken und den Verkauf von Jahreskarten in Transdanubien anzukurbeln.

Zwar sind die Wiener:innen zu 38 Prozent (Bezugsjahr 2019) mit den Öffis unterwegs. Dieser Wert ist beachtlich hoch, stagniert aber seit Jahren. Dass liegt daran, dass speziell in den Außenbezirken die Attraktivität des Autos ungebrochen hoch ist. Die Ergebnisse der Studie verhelfen zu neuen Erkennt-

nissen, die man für eine echte Mobilitätswende dringend benötigt. Klimakrise und hohe Treibstoffpreise führen derzeit drastisch vor Augen, wie wichtig gute Öffentliche Verkehrsmittel und deren Weiterentwicklung sind. Dies ist auch eine Frage von Mobilitätsgerechtigkeit. Denn diese kann am besten durch flächendeckende und leistbare Öffis gewährleistet werden. Dabei ist verstärkt darauf zu achten, dass sowohl die Wohngebiete, als auch die Arbeitsplätze von ärmeren Menschen gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind. Die Studie zeigt aber auch, dass Unternehmen verstärkt in die Verantwortung genommen werden müssen, ihren Beschäftigten eine saubere Anreise zu ermöglichen (= betriebliches Mobilitätsmanagement). Parallel zu den verbesserten Angeboten, muss es auch „Push“-Maßnahmen geben: Dort wo der Öffentliche Verkehr gut ausgebaut ist, muss der (fossile) Autoverkehr eingeschränkt werden. □

* Modal Split wird in der Verkehrsstatistik die Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsträger oder Verkehrsmittel (Modi) genannt.

Kurzgefasst

Die Boku Wien hat analysiert, welche Faktoren zum Kauf einer Wiener Jahreskarte führen. Am wichtigsten ist dabei die gute Öffi-Anbindung der Wohnadresse. Interessant sind aber die Abweichungen von dieser Korrelation: Auspendler:innen, sowie Bewohner:innen von „Transdanubien“ haben weniger Jahreskarten als zu erwarten wären, Einpersonenhaushalte und höher Gebildete hingegen mehr.



Heinz Högelsberger ist Erdwissenschaftler und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

Foto: Erwin Schuh

Auspendler:innen, sowie Bewohner:innen von Transdanubien haben weniger Jahreskarten als erwartet.



Foto: Roland de Roo



Arbeitswelt im (Klima)Wandel

Veranstaltung Im Rahmen der Kooperation AK-SOZNET haben Expert:innen aus der betrieblichen Praxis, Wissenschaftler:innen und Vertreter:innen der Politik am 20. Oktober diskutiert, welche Auswirkungen die Klimakrise auf Beschäftigte und Unternehmen hat. Im Zentrum stand die Frage, wie Nachhaltigkeit und gute Arbeit im Klimawandel gesichert werden können. Als Ergebnis stand außer Streit, dass der Umbau hin zur Klimaneutralität Umwälzungen für die gesamte Wirtschaftsstruktur mit sich bringt, die viele Unternehmen zu einer Neuorientierung zwingen und ganze Branchen transformieren. Damit gehen große Umbrüche am Arbeitsmarkt einher, die alte Berufe verschwinden und neue entstehen lassen. Für jene, deren Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, ist das eine existenzielle Bedrohung. Zugleich sind aber auch neue Kompetenzen gefragt. Ohne öffentlich unterstützte Qualifizierungsprogramme und eine gute soziale Absicherung während der Übergänge werden diese Umbrüche nicht zu bewältigen sein. Auch die Unternehmen müssen Verantwortung dafür übernehmen, ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen. **SL**

Früher war alles später

Klimawandel Der Frühling kommt früher, die Vegetationsperiode wird länger und der Winter wird kürzer. In dieser reich bebilderten Broschüre wird die Arbeit der steirischen Naturpark-Schulen in der Beobachtung des Klimawandels „vor der Haustür“ bildreich und nachvollziehbar präsentiert. Maßgeblich verantwortlich dafür, dass etwa der Hollunder immer früher blüht oder Heuwiesen um drei Wochen früher gemäht werden müssen, ist ein beschleunigter Temperaturanstieg, wie es ihn in der moderneren Menschheitsgeschichte so noch nie gegeben hat. Der Klimawandel ist in den steirischen Naturparks und allen Regionen Österreichs angekommen. Die Beobachtung der Natur hilft, die Klimaerwärmung und ihre Folgen direkt zu erkennen. Die Broschüre der Naturparke Steiermark macht die Veränderungen für Pflanzen, Tiere und Menschen in Grafiken und Bildern begreifbar und eignet sich gut als Information für Schulen und Bildungseinrichtungen und als allgemeine Diskussionsgrundlage zu Klimafragen. **SL**

Link zur Broschüre:
https://www.naturparke.at/fileadmin/Verein_Naturparke_Steiermark/publikationen_naturparke-steiermark/Klimawandel-Broschuere_Naturparke_Steiermark.pdf

Virtuell durch den Urwald

Haus der Wildnis Der sogenannte Rotwald ist ein 400 Hektar großer Urwald im niederösterreichisch-steirischen Grenzgebiet. Er überdauerte seit der letzten Eiszeit weitgehend ohne menschliche Eingriffe. Das lag einerseits an der unzugänglichen Lage und andererseits an einem jahrhundertelangen innerkirchlichen Besitzstreit zwischen dem Stift Admont und der Kartause Gaming. Der „umkämpfte“ Wald gelangte in das Eigentum von Albert Rothschild, der 1875 jede wirtschaftliche Nutzung unterband. Inzwischen steht das Gebiet unter strengstem Naturschutz und wurde auf 7.000 Hektar (= 70 Quadratkilometer) erweitert. Der Rotwald ist extrem interessant und eindrucksvoll, sollte aber nicht betreten werden. Um dieses Dilemma zu lösen, wurde im Ortszentrum von Lunz am See das „Haus der Wildnis“ errichtet. Hier kann man eine mittels Hightech, Ventilatoren und Virtual-Reality-Brille eine Führung durch das Wildnisgebiet Dürrenstein-Lassingtal unternehmen, ohne diesem Schaden zuzufügen. Auch ökologische Zusammenhänge werden auf diese Art leicht verständlich erklärt. Das Haus der Wildnis ist täglich außer Dienstag geöffnet. **HH**

<https://www.haus-der-wildnis.at/>

Neue Gentechnik – Das doppelte Spiel der Konzerne

Biotech-Konzerne preisen Verfahren der Neuen Gentechnik (NGT) als „natürliche“ und nicht nachweisbare Prozesse an, um so hergestellte Lebensmittel von den strengen Regeln des EU-Gentechnikrechts auszunehmen. Gleichzeitig wird mit NGT-Patentanträgen versucht, die technischen Innovationen abzusichern und Schlußpföcher im Patentrecht auszudehnen. Eine gemeinsame Recherche von mehreren NGOs und AK Wien deckt dies auf. Hier der Link zum Report: https://www.global2000.at/sites/global/files/GLOBAL2000_NeueGentechnik_Patente_Report_20221019.pdf **SI**



Raus aus der Vielfachkrise

Buch Das Wort „multiple Krisen“ wird vielleicht das Wort dieses Jahres. Die Welt ist derzeit in einem sehr fragilen Zustand. Für junge Menschen sind Klimakrise und Verteilungsfragen die zwei wichtigsten Zukunftsthemen. Der Krieg in Europa tut sein Übriges und ein Ende ist nicht in Sicht. Wie kommen wir da nur wieder heraus, mögen sich viele fragen. Der Politikwissenschaftler und Journalist Alexander Behr versucht darauf Antworten zu geben. Sein Vorschlag. Nur mit echter, kollektiv gelebter Solidarität lässt sich ein Ausweg finden. Er bietet einen Gegenentwurf zur imperialen Lebensweise an, und führt aus, wie sich diese überwinden und eine sozial-ökologische Transformation umsetzen lässt. Als ehemals Aktiver in der Landarbeiter:innenbewegung sammelt er Beispiele von gelebter Solidarität. Er lotet die Bedingungen und Voraussetzungen für eine solche Solidarität aus. Er sucht Strategien für einen radikalen Umbau der Gesellschaft, stellt gelungene Kampagnen vor und erörtert, wie der dringende Handlungsbedarf mit oft langwierigen inklusiven Prozessen vereinbart werden kann. Seine zahlreichen Beispiele machen Mut für eine aktive Gestaltung des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft. **SI**

Alexander Behr, 2022: Globale Solidarität, Oekom Verlag.



Kompetenzzentrum Alltagsökonomie

Neugründung Die Alltagsökonomie – öffentliche Infrastrukturen, Daseinsvorsorge, Nahversorgung – erfüllt wichtige Funktionen für Gesellschaft und Wirtschaft: die soziale Absicherung von Menschen, den sozialen Ausgleich und die ökologische Nachhaltigkeit. Die zentrale Bedeutung der Alltagsökonomie wird gerade in Krisenzeiten besonders deutlich. Der dringend notwendige Umbau der Wirtschaft zur Bekämpfung der Klimakrise – wie z.B. die Energie-, Mobilitäts-, Ressourcen-, Agrarwende, die Sicherung der Grundversorgung, der soziale Ausgleich, die Schaffung guter Arbeitsplätze, und auch die Förderung territorialen Zusammenhalts – erfordern die Stärkung der Alltagsökonomie und der Daseinsvorsorge. Das neu gegründete Zentrum will ein Wissenschaftsnetzwerk von Forscher:innen an österreichischen Universitäten und Forschungseinrichtungen schaffen, um transdisziplinäre, transformative Grundlagen und angewandte Forschung unterschiedlicher Ausrichtung zu den Themen der Alltagsökonomie zu fördern und stärken. Auch die Zusammenarbeit von Universitäten, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Sozialpartnern sowie Akteur:innen der Zivilgesellschaft rund um die Alltagsökonomie soll gefördert werden. Wir freuen uns auf die Ergebnisse dieser neuen Einrichtung. **SI**

<https://alltagsoekonomie.at/>



Verbot und Verzicht – Politik aus dem Geiste des Unterlassens

Buch Verbot und Verzicht sind zwei Reizwörter, die man in der politischen Debatte über den Klimaschutz heutzutage lieber nicht in den Mund nimmt. Warum ist da so, wo sich doch Marktmechanismen als untauglich erwiesen haben? Warum ist z.B. eine so einfache und wirksame Maßnahme wie die Absenkung von Tempolimits derart unbeliebt?

Der Ökonom Philip Lepenies – Politikologieprofessor an der Freien Universität Berlin – erklärt dies, indem er den Siegeszug der neoliberalen Ideologie über die letzten Jahrzehnte hinweg nachzeichnet. Dabei ist der Eigennutz des Einzelnen wichtiger, als das Gemeinwohl einer Gesellschaft. Statt Mitbestimmung von Bürger:innen wird das individuelle Konsumverhalten zur wahrhaft demokratischen Entscheidung hochstilisiert. Der Staat wird als Gegner gesehen und persönliche Kaufentscheidungen über moralische und ökologische Bedenken gestellt. Lepenies kann in diesem lesenswerten Buch nachweisen, dass jene, die angesichts von (demokratisch beschlossenen) Verboten von „Ökodiktatur“ schreien, die wahren Antidemokraten sind. Denn eine sozial-ökologische Transformation könne ohne Verbot und Verzicht nicht gelingen. **HH**

<https://www.morawa.at/detail/ISBN-9783518127872/Lepenies-Philipp/Verbot-und-Verzicht>

Ist die Zeit reif für eine Senkung der Tempolimits?

PRO

Der Straßenverkehr ist das Sorgenkind der Klimapolitik. Er ist der einzige Bereich, in dem seit 1990 die Treibhausgasemissionen ungebremst gestiegen sind. Ohne eine echte Verkehrswende sind die Klimaziele nicht erreichbar und die negativen Folgen betreffen die gesamte Bevölkerung. Dass niedrigere Tempolimits zum Klimaschutz beitragen, ist unbestritten. Aber beliebt sind sie nicht, obwohl in vielen europäischen Staaten langsamer gefahren wird als bei uns. Manche sehen sich durch Tempo 100 oder 120 bevormundet und eingeschränkt. Andere würden schon langsamer fahren, wollen aber nicht als Verkehrshindernis gelten, wenn sie die Einzigen sind.

Fakt ist, niedrigere Geschwindigkeitsgrenzen auf Autobahnen und Freilandstraßen sind im Gegensatz zu anderen Maßnahmen rasch und kostengünstig umzusetzen und haben vor allem keine negativen Verteilungseffekte.

Niedrigere Tempolimits vermeiden Unfälle, sind rasch und billig umzusetzen. Sie gelten für alle gleich und entlasten die Geldbörsen.

Sie gelten für alle gleich – egal ob arm oder reich. Weniger Emissionen bedeuten weniger Benzin oder Diesel je 100 km. Das entlastet gerade in Zeiten hoher Preise die Geldbörsen der Autofahrer:innen. Und außerdem reduzieren niedrigere Geschwindigkeiten die Unfallgefahr und sorgen für weniger Luftbelastung. Um die Akzeptanz von Anfang an zu erhöhen, scheint eine schrittweise Einführung gepaart mit strengen Kontrollen – auch der Lkw – sinnvoll.

Sylvia Leodolter ist Chefredakteurin und Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien Foto: Lisi Specht



CON

Es ist unbestritten, dass man mit Tempo 100 statt 130 weniger Sprit braucht. Ein aktueller Vergleichstest des ÖAMTC zeigt: Unter Idealbedingungen lassen sich dadurch bis zu 25 Prozent Spriteinsparen. Es ist allerdings ein Trugschluss, zu glauben, mit einer Reduktion des allgemeinen Tempolimits auf Autobahnen auf 100 km/h würde der Spritverbrauch in Österreich insgesamt um einen ähnlich hohen Wert zurückgehen. Bezieht man den Anteil von Autobahnen mit Tempo 130 am Gesamtverkehrsaufkommen und tatsächliche Durchschnittsgeschwindigkeiten mit ein, sinkt der Gesamtverbrauch durch Tempo 100 lediglich um 1 bis 3 Prozent. Zu demselben Schluss kommt auch das Umweltbundesamt.

Überzeugen ist besser als strafen. Mehr Bewusstsein für spritsparendes Fahren schaffen.

Braucht es wirklich ein Gesetz, das zu Tempo 100 auf Autobahnen verpflichtet? Aus Sicht des ÖAMTC: Nein, denn fast 90 Prozent der Österreicher:innen lehnen das ab. Es muss uns vielmehr gelingen, noch mehr Bewusstsein für spritsparendes Fahren und Alternativen zu schaffen: In einem Spritspar-Ratgeber haben wir kürzlich die wichtigsten Tipps zusammengefasst. Dazu gehören auch Maßnahmen wie Fahrgemeinschaften oder stärkere Öffi-Nutzung bzw. kurze Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurücklegen. Das schont nicht nur die Geldbörse, sondern bringt auch unserer Umwelt mehr als jedes verordnete Tempolimit.

Bernhard Wiesinger ist Leiter der ÖAMTC Interessenvertretung. Foto: AnnaRauchenberger



Gesellschaftskritische Wissenschaft



Verkehr und Infrastruktur

- 65 **Gesundheitliche Belastungen des fliegenden Personals – Endbericht**
ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt.
Hans Peter Hutter, Florian Heger, Kathrin Lemmerer, Hanns Moshhammer, Michael Poteser, Peter Wallner, 2021
- 66 **Pendlerverflechtungen in der Ostregion** Andrea Weninger, Jonas Krombach, Benedikt Hahn, Andreas Friedwagner, 2021
- 67 **ÖV-Erreichbarkeit großer Arbeitsplatzstandorte in Österreich, Endbericht** Gerald Kovacic, Cristian Andronic, Stephanie Kirchmayr-Novak, 2022
- 68 **Gutachterliche Stellungnahme zum NON-PAPER von Leitlinien zur PSO Verordnung** hinsichtlich seines Punktes 2.4.6, sohin zur „leistungs-basierten Direktvergabe“ von Schienenpersonenverkehrs-dienstleistungen nach Art 5 Abs 4a der PSO
Legal opinion on the NON-PAPER of guidelines to the PSO Regulation with regard to its point 2.4.6, thus to the „performance-based direct award“ of passenger transport railway services under Art 5 para 4a of the PSO Josef Aicher; Rudolf Lessiak, 2022
- 69 **Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Wien und Umgebung – Evaluierungsbericht.** Maria Juschten, Martin Hinteregger, Reinhard Hössinger, 2022



Informationen zur Umweltpolitik

- 201 **Zur Ökobilanz von E-Autos und was die VerbraucherInnen darüber erfahren – Eine Marktanalyse**
Holger Heinfellner, David Fritz, 2019
- 202 **Neue Gentechnik – Grundlagen für die kommende politische Debatte** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2020
- 202a **New Genetic Engineering – A basis for the upcoming political debate** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2020
- 203 **Landkarte der „(De-)Karbonisierung“ für den produzierenden Bereich in Österreich – Eine Grundlage für die Folgenabschätzung eines klimapolitisch bedingten Strukturwandels des Produktionssektors auf Beschäftigung, Branchen und Regionen**
Fabian Gabelberger, Claudia Kettner-Marx, Michael Peneder, Gerhard Streicher, 2020
- 204 **Recht auf Natur – Freier Zugang zur Natur** Michael Ganner, Samantha Karoline Pechtl, Wolfgang Stock, Karl Weber, 2022
- 205 **Abgasmanipulation und Mautbetrug durch Lkw – Wie sauber sind Lkw tatsächlich?**
Friedrich, S. Annen, R. Helmerich, 2022
- 206 **Rechtliche Lücken in der mobilitätsbezogenen Klimaschutzpolitik – Anlassfall Lobau-Tunnel-Entscheid** Werner Hochreiter, 2022

Bestellung als Hardcopy unter wirtschaft.umwelt@akwien.at oder PDF-Download www.arbeiterkammer.at

Arbeit&Wirtschaft



Arbeit&Wirtschaft ist das wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Magazin aus Sicht der Arbeitnehmer:innen. Hier finden Sie Hintergründe und Details zu aktuellen und spannenden arbeits- und sozialpolitischen Themen, die uns alle betreffen.

Unser Printmagazin erscheint monatlich.

Besuchen Sie uns gern online:

arbeit-wirtschaft.at

Wirtschaft und Umwelt:
Sekretariat: 0043/1/50165-12404
E-Mail: wirtschaft.umwelt@akwien.at
www.ak-umwelt.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z034642 M
Bundesarbeitskammer, Prinz Eugen Straße 20–22, 1040 Wien



#deineStimme

für gerechte Steuern

Die Arbeiterkammer fordert eine
Vermögenssteuer und das Ende von Steuergeschenken
für Superreiche und Großkonzerne.

 [AK.AT/DEINESTIMME](https://www.ak.at/deinestimme)